



ECOtrinoval-Nachrichten

Ecotrinova

Infodienst für Ökologie, nachhaltiges Wirtschaften, Region und Oberrhein-Gebiet D-F-CH

Nr. 4-2010 Dezember

Für die Zukunftsregion ECOvalley Oberrhein kompakt + verständlich

Spitzen-Meldungen

> Trinationales (21)

* Ergebnisse 1. trinationales Bürgerforum zur Metropolregion am Oberrhein Strasbourg 16.10.2010. Forum de citoyens

* Trinationale Metropolregion Oberrhein am 9. Dez. 2010 in Offenburg feierlich gegründet

* Gründungserklärung Trinationale Metropolregion Oberrhein

* Rückblick und Hintergrund 2006-2010

* Trinationale Metropolregion Oberrhein: Strategie 2020

> Umwelt am Ober-/Hochrhein (20)

Internet: Atomkraftwerke Fessenheim, Leibstadt und Beznau
Schweizer Energie-Stiftung: Atommüll Schweiz ungelöst

> Energiewende Oberrhein (21):

Die ANDEREN Neujahrsgrüße von BUND und CSFR

* 13. Dreiländerkongress 2012: Klimaschutz und Energie?

* TRION: trinat. Netzwerk Klimaschutz/Energie. Erste Ziele

* TRION: 1. Trinationales Netzwerk-Treffen Energie-Klima

Neue deutsche Kohlekraftwerke für die Schweiz

Solar-/Energiesparwirtschaft Kanton Bern: 100% Erneuerbar

* Plusenergie jetzt! Petition an die Kanzlerin. Manifest

Zu langsamer Atomausstieg bei Schweizer Kommunen

Freiburg, Karlsruhe, Ludwigsburg, Emmendingen, Lörrach und

Staufen Preisträger beim Wettbewerb in B-W.

Freiburg auf dem Weg zur Klimaneutralität 2050

* Vermächtnis der Bürgerinitiativen am Oberrhein

Regierungspräsidium Freiburg: Jahresbericht 2010

> Energie-Klimaschutz (21)

* Kraftwerke für Jedermann – Sammelband Dezentralität

* Regionale Erfolgsbeispiele auf dem Weg zu 100% EE

* Broschüre „100%-EE-Meile“

Wichtige Hinweise: 100%-Erneuerbar. 2. Kongress 100% 20

2010 erfolgreiches Jahr für Photovoltaik in Deutschland

* Förderung für Ökoenergien: Kosten und Nutzen

* EU-Energiestrategie 2020 EU: Citizens' summary

* EU-Angriff auf das EEG? Unterschriften-Aktion dagegen

* D und CH: Weniger Mädchen-Geburten bei AKWs

DUH: Mitmachen: Wir sind Aussteiger

> Wir gratulieren (18)

Europäische Solarpreise (D): an Journalisten Bernward

Janzing und Energie-Forscher Dr.-Ing. Joachim Nitsch

EWS Schönaun: 100.000 Ökostromkunden

> D- und Oberrhein-Termine (21)

> ECOtrinoval e.V., Impressum; Mitgliedschaft, Abo

Sehr geehrte Leserinnen und Leser:

Kompakt und verständlich erhalten Sie in dieser vierten Ausgabe des 7. Jahrgangs Kurzinfos, Termine und Hintergrund-Infos. Auf die im Verzeichnis mit * bezeichneten Artikel möchten wir Sie besonders aufmerksam machen: ob zur Zukunft der **trinationalen Oberrhein-Region**, ob zu Themen wie Energiewende und Umweltschutz am Oberrhein sowie Klimaschutz als Schwerpunkt dieses Heftes. **Die aktuellen Dokumente zur Trinationalen Metropolregion**, ihren vier Säulen und ihrem Energienetzwerk sind wiedergegeben, so dass Sie mit diesem Heft schnell einen Überblick erhalten. **In Heft 1-2011** werden Aspekte wie Umwelt, Energie und Bürgerbeteiligung kommentiert.

Dazu eine **Frage an unsere LeserInnen**: Was halten Sie von der Oberrhein-Strategie der Trinationalen Metropolregion, von dortiger Bürgerbeteiligung, von Zielen und Maßnahmen des Energienetzwerks TRION und von der EU-Energie-Strategie 2020? Werden Sie und wenn wie mitwirken? Wir können in Heft 1-2011 per **LeserInnenForum** daraus anonym oder wenn gewünscht mit Namen zitieren: bitte an ecotrinova@web.de bis 20.1.2011, bis 1000 Zeichen einschl. Leerzeichen.

Wir, Mitgliedsvereinigungen und Mitglieder von ECOtrinoval möchten mit diesem Infodienst zur zukunftsfähigen Entwicklung des Oberrhein-Gebiets, **zum ECOvalley Oberrhein**, beitragen. Mehr: www.ecotrinova.de.

Mit oberrheinischen Grüßen, Ihr Dr. Georg Löser, 31.12.2010

Spitzen-Meldungen:



GRÜNDUNGSKLÄRUNG

ZUR

TRINATIONALEN METROPOLREGION OBERRHEIN

Ein funktionales Netzwerk von Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft

und Zivilgesellschaft zur Förderung des territorialen Zusammenhalts

OFFENBURG 9. DEZEMBER 2010

*TRION: trinat. Netzwerk Klimaschutz/Energie
*D + CH: Weniger Mädchen-Geburten bei AKWs

Trinationales (21)

Ergebnisse:

1. trinationales Bürgerforum / Forum de citoyens zur Metropolregion am Oberrhein am 16.10.2010 in Strasbourg



TRINATIONALE BÜRGERFOREN AM OBERRHEIN
FORUMS CITOYENS TRINATIONAUX DANS L'ESPACE DU RHIN SUPÉRIEUR



Zusammenfassung:

Was waren die zentralen Anliegen und Botschaften der Teilnehmenden?

In der Zusammenschau ergibt sich deutlich, dass von den Teilnehmern des „rendezvous-regional“ vor allem die Sprachbarrieren als hinderlich gesehen werden. Einig ist man sich in der Vision, dass die Zivilgesellschaft der Zukunft in der Dreisprachigkeit angekommen ist – und sich auf dieser Basis freundschaftlich viel mehr vernetzt, ohne Roaming-Gebühren telefoniert und auch eine gemeinsame Zeitung liest. Und so über die Grenzen geeint spielt die Zivilgesellschaft dann eine aktive Rolle und verschafft sich auch Gehör in der Politik.

Als Grundlage für das transnationale Zusammenrücken wird der Ausbau des ÖPNV (auch abends) und der Bau von verbindenden Rheinbrücken gesehen.

Politisch wird die Idee eines gemeinsamen Parlaments formuliert oder – als Minimalanforderung – eine zumindest sehr eng kooperierende und effizient arbeitende Verwaltung, die stark auf Bürgerbeteiligung setzt. Durch den Abbau bürokratischer und fiskalischer Hemmnisse soll dann vieles möglich werden: ein gemeinsamer Arbeitsmarkt, eine gemeinsame Bildungspolitik, ein grenzüberschreitendes Gesundheitswesen, eine gemeinsame ökologische Energiepolitik, mehr Tourismus-Angebote (Wanderradtouren), etc.

Und als in dieser Weise funktionierende, transnationale Region sieht sich die Metropolregion in ihren Bemühungen auch als Vorbild und Vorreiter für ähnliche Grenzregionen in Europa.

Die Ergebnisse der drei einzelnen Dialogrunden:

A: Die trinationale Metropolregion am Oberrhein aus Bürgersicht: Erfahrungen, Sichtweisen, Kommentare

Die Moderationsfrage: Nach einer Dialogrunde wurden die Teilnehmenden gebeten eine Wandzeitung mit Ihren Erfahrungen, Ansichten, Einschätzungen und Kommentaren zu füllen.

Welche Chancen erkennen Sie in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein?

Was sehen Sie positiv? Und was sehen Sie kritisch, was fehlt Ihnen, was stört Sie? (...)

Was sich verbessern muss.....

Bedeutendster Punkt sind die mangelnden gegenseitigen Sprachkenntnisse (12x), die ein vermehrtes Aufeinander zugehen und miteinander arbeiten in der Metropolregion erschwert. Als Vorschlag wird daher Zweisprachigkeit bei offiziellen Angelegenheiten angeregt.

Sehr deutlich wird auch auf die Verkehrssituation hingewiesen: vehement (5x und 3 Ausrufungszeichen) wird ein Ausbau der ÖPNVs (auch abends) gewünscht – und einige Stimmen wünschen sich mehr Brücken über den Rhein. Als bedeutendes und grundsätzliches Problem wird der Mangel an konkreten, gemeinsamen Zielen eingeschätzt (8x).

Zudem wird mehr Übersichtlichkeit und Koordination der bestehenden Aktivitäten gewünscht: Problematisch werden die vielen Institutionen gesehen, die es bereits gibt und die zum Teil nebeneinander her arbeiten und den Bürger verwirren (4x).

Auch ein allgemeiner Informationsmangel wird kritisch konstatiert und deshalb verstärkt die Einbindung der Medien (Presse, TV, Rundfunk) gefordert, gerne auch zweisprachig.

Auf politischer Ebene geht es um die Angleichung der Steuer- und Rechtssysteme, mehr Mitsprache, die Bildung eines eigenen Parlaments. Allerdings gibt es auch ein paar Stimmen, die davor warnen, immer neue Strukturen schaffen zu wollen. Da werden mehr Chancen gesehen, die Metropolregion aus den bestehenden Strukturen heraus entstehen zu lassen.

Bürokratische Hemmnisse werden kritisiert, wie auch der Zentrismus (Paris/Stuttgart), der lähme. Insgesamt wird sehr viel mehr Dialog und Austausch unter Einbeziehung der Bürger gewünscht („so wie heute“).

Im Bildungssektor soll es mehr Austausch (3x), einen regionalen Bildungsatlas und die Förderung grenzüberschreitender Ausbildung geben. Auch gibt es noch zu wenig grenzübergreifende Kooperationen und generell finanzielle Unterstützung. Die Zivilgesellschaft soll zudem über ein Internet-Portal sichtbar gemacht werden – und braucht aber auch noch eine klare Definition über ihre Aufgabe, bzw. Verankerung: „4eme pillier ou fondement de la RS“?

Chancen werden gesehen....

Die von den Teilnehmern aufgezeigten Chancen sind ein Kaleidoskop von vielen Einzelaspekten, die sich folgen-

dermaßen umreißen lassen: die Idee der Metropolregion ist eine Chance, um Potentiale zu nutzen, den Kontakt unter den Grenzländern zu intensivieren und sozial, bildungspolitisch, medizinisch, ökonomisch und auch ökologisch zu nutzen. Eine funktionierende Metropolregion wird auch für den Tourismus noch attraktiver und zeigt alltagspraktisch sich auch in einer stärkeren Verkehrsvernetzung.

B: Die Vision.

Die Moderationsfrage: „Angenommen, das Zusammenkommen hier in den Bürgerforen hat sich gelohnt. Angenommen, die Zivilgesellschaft hat eine Stimme bekommen. Angenommen, die Bürgerinnen und Bürger in der trinationalen Metropolregion bringen sich ein, sie beleben die Metropolregion und treten in einen Dialog mit den Säulen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft.

Und angenommen, Sie schauen im Jahr 2020 auf die Metropolregion zurück. Wie ist das dann? Wie erleben Sie die „neue“ trinationale Metropolregion? Was hat sich geändert? Was ist besser als damals im Jahr 2010? Woran merken Sie das? Und wer merkt das noch? Und was tun die Menschen in dieser Region, was Sie heute noch nicht tun?“

Die Visionsergebnisse:

I Was ist anders in 2020? Was ist besser?

Die häufigste Nennung: die Sprachbarrieren sind gefallen, die Zivilgesellschaft ist in der Dreisprachigkeit (8x) angekommen. Darüber hinaus ist die Gesellschaft insgesamt stark vernetzt (5x) – und die Metropolregion weltweit ein Begriff (5x). Die Region wird von einem gemeinsamen Parlament verwaltet (4x) – oder zumindest bürgernah und effizient gemeinsam regiert. Der ÖPNV ist deutlich intensiviert (6x) und es gibt auch mehr Rheinbrücken (2x).

Es gibt einen gemeinsamen Arbeitsmarkt – ohne bürokratische Hürden. Es gibt überregionale Zeitungen und mehr bilinguale Informationen. Auch die Bildungspolitik wurde synchronisiert (3x), der Schüler-Austausch intensiviert (2x) und trinationale Ausbildungen geschaffen.

Die Region ist zum Eco-Valley geworden, hat ein gemeinsames Freizeitangebot, ein vernetztes Gesundheitswesen und bietet mehr Tourismus-Angebote (Wanderradtouren).

Die Zivilgesellschaft spielt eine aktive Rolle und verschafft sich Gehör in der Politik. Grundsätzlich ist die Metropolregion zu einem Vorbild für ähnliche Grenzregionen geworden.

II Woran erkennen Sie das?

Die Veränderung ist in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu spüren, am stärksten durch ein Zusammenrücken der Nachbarn im Sinne von mehr Freundschaften, Kontakten und Interesse aneinander – basierend auf dem Wegfall der Sprachprobleme.

Die Verwaltung arbeitet transparent und effizient, es gibt ein gemeinsames Steuersystem, der Bürger ist König. Alle Dokumente, Beschilderungen etc. sind zweisprachig. Die Verkehrssituation ist deutlich verbessert und vereinfacht, es gibt nur noch ein Ticketsystem. Der Arbeitsmarkt blüht, die

Abschlüsse werden gegenseitig anerkannt. Die Presse berichtet intensiv trinationale (4x).

Die Zivilgesellschaft identifiziert sich mit der Metropolregion und profitiert von einem gemeinsamen Kulturprogramm.

III Wer erkennt es noch?

Die anderen in der Welt (6x) – oder zumindest alle, die es betrifft. Die Presse (3x), die Wirtschaft (3x), die Politik (6x) – und das ist so überzeugend, dass andere Grenzregionen dem Beispiel nachzusehen (3x).

IV Was macht die Zivilgesellschaft dann, was sie heute noch nicht macht?

Sie hat ein gemeinsames Parlament (2x) und ist an politischen Prozessen intensiv beteiligt. Es gibt eine Sozialversicherung, gemeinsame Steuern etc. und Gemeinsamkeit bei wichtigen Themen (4x). Die Zivilgesellschaft ist aktiv, setzt ihre Wünsche durch (2x), ist zweisprachig und weltoffen. Sie lesen alle eine gemeinsame Zeitung und haben eine gemeinsame Weinkönigin.

C: Die Umsetzung .

Die Moderationsfrage: Eben haben wir Visionen entworfen. Jetzt geht es um das Konkrete, die Umsetzung, die Gestaltung der Zukunft. Wo, wie und womit kann sich die Zivilgesellschaft künftig stärker einbringen in die trinationale Metropolregion Oberrhein? Folgende Fragen sollten helfen, Antworten zu finden:

Mitreden... Zu welchen Themen/Anliegen sollte sich die Zivilgesellschaft in der TMO künftig einbringen können?

Mitmachen... Wie und in welchen Formen soll sich die Zivilgesellschaft einbringen (können)?

Mitgestalten... Was brauchen wir als Zivilgesellschaft künftig an Strukturen, Unterstützung, Selbstorganisation etc., um eine aktivere Rolle in der TMO spielen zu können?

Die Ergebnisse -Umsetzung

I Zu welchen Themen /Anliegen sollte sich die Zivilgesellschaft in der TMO künftig einbringen können?

Bildung und Sprache (15x), Kultur (10x), Verkehr (8x), Umwelt (8x), nachhaltige Industrieentwicklung (5x), umweltverträgliche Energiepolitik (3x), Gesundheitswesen (3x), Medien (3x), Arbeitsmarkt (3x), Mitsprache in der Verwaltung (Steuern (3x) / Grenzgängerproblematik (4x)/ Infrastruktur (2x)),

II Wie und in welchen Formen soll sich die Zivilgesellschaft einbringen können?

Im Rahmen eines Regionalparlaments (3x), zumindest aber durch Mitspracherecht in der ORK (3x) und durch trinationale Bürgerbegehren und Entscheide (5x). Unterschiedlich ausgedrückt geht es immer wieder um mehr Partizipation der Zivilgesellschaft an politischen Prozessen. Die Medien berichten stärker über die Metropolregion und es gibt auch eine gemeinsame website (3x). Grundsätzlich rückt die Gesellschaft durch mehr grenz-

überschreitende Projekten (4x) und Vereine zusammen. Jährlich gibt es einen gemeinsamen Oberrhein-Tag.

III Was brauchen wir als Zivilgesellschaft künftig an Strukturen, Unterstützung, Selbstorganisation, um eine aktivere Rolle in der TMO spielen zu können?

Geld von der EU (4x), allg. Geld (4x), Geld aus Haushalt der TMO, kostenlose Seminare zur Qualifizierung. Marketing: gemeinsame Internet-Seite, Festival Tri-National, gemeinsames Symbol. Gemeinsame Presseorgane (5x) und mehr Information (5x), eine feste Einrichtung (Büro/ Sekretariat) (3x), neue Strukturen (Gremien, eigenes Parlament (5 x), weniger Bürokratie, Harmonisierung von Recht und Steuern , Mitbestimmung, Volksentscheide. Grenzüberschreitende Verbände, Unterstützung um die Sprachbarriere zu überwinden. Und grundsätzlich: eine Zivilgesellschaft, die sich eingebunden fühlt und Anerkennung für ihr Engagement erhält.

Quelle: cg-Konzept, www.cg-Konzept.de

www.cg-konzept.de/pdf/oberrhein_NEU13aktuell.pdf

www.oberrheinkonferenz.org/media/documents/1126-Foto+Zusammenfassung+Strasbourg.pdf

(auch jeweils in französischer Sprache)

mehr:

www.oberrheinkonferenz.org/de/metropolregion/burgerforen/burgerforen/

www.oberrheinkonferenz.org/media/documents/965-broschuere_def.pdf

Trinationale Metropolregion Oberrhein am 9. Dez. 2010 in Offenburg gegründet

Seit 1975 haben die Regierungen Frankreichs, Deutschlands und der Schweiz im „Bonner Abkommen“ die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein institutionalisiert. 2010, im 35. Jubiläumsjahr dieser Gründung, ist die Region Oberrhein zu einem wichtigen Wirtschafts- und Wissensraum geworden. Mit dem Ziel, auch in Zukunft Motor für eine nachhaltige und wirtschaftliche Entwicklung zu sein, gründeten Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft am 9. Dezember 2010 um 12.00 Uhr im BURDA Media Tower, 77652 Offenburg, die erste trinationale Metropolregion in Europa. Neben dem baden-württembergischen Minister für Bundes-, Europa- und internationale Angelegenheiten, Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, nahmen Vertreter der jeweiligen nationalen und regionalen Ebenen der Partner, sowie der Europäischen Kommission und der Oberrhein-Konferenz am Festakt teil. Im Anschluss an den Festakt haben die Partner der trinationalen Metropolregion Oberrhein die **Gründungserklärung** unterzeichnet.

Link zur Gründungserklärung vom 9.12.2010:

www.oberrheinkonferenz.org/media/documents/1143-Gründungserklärung_TMO.pdf

Link zur abgebildeten Strategie-Broschüre:

www.oberrheinkonferenz.org/media/documents/1144-Strategie+der+TMO_Dt.pdf

Link zur Offenburger Erklärung vom 9.12.2010 der drei Staaten

www.oberrheinkonferenz.org/media/documents/1142-Offenburger_Erklärung.pdf



Aufbau der Trinationalen Metropolregion Oberrhein
www.oberrheinkonferenz.org/de/metropolregion/

GRÜNDUNGSERKLÄRUNG

TRINATIONALE METROPOLREGION OBERRHEIN

Ein funktionales Netzwerk von Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zur Förderung des territorialen Zusammenhalts
OFFENBURG, 9. DEZEMBER 2010

DIE IDEE:

am Oberrhein besser werden, um gut zu bleiben

Das Oberrheingebiet im Grenzraum zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz zeichnet sich aus durch:

- seine strategische Position inmitten Europas mit leistungsfähiger und nachhaltiger verkehrs- und kommunikationstechnischer Vernetzung und Anbindung;
- international anerkannte hervorragende Leistungen in den Bereichen Innovation, Bildung und Forschung;
- dichte Besiedlung mit innovationsstarken leistungsfähigen Unternehmen, die auch im globalen Rahmen wettbewerbsfähig sind;
- die Ansiedlung von bedeutenden europäischen und internationalen Institutionen;
- einen gemeinsamen Lebensraum für fast sechs Millionen Bürgerinnen und Bürger und einen dynamischen Arbeitsmarkt;
- die Verbindung der innereuropäischen Grenze zwischen Frankreich und Deutschland mit der Außengrenze zur Schweiz, wodurch das Oberrheingebiet zur Modellregion für die europäische Integration wird.

Der Oberrhein verfügt zudem über eine günstige polyzentrische Grundstruktur. Es gibt ein engmaschiges Netz dynamischer Groß-, Mittel- und Kleinstädte, die jeweils unterschiedliche, sich ergänzende, bedeutende städtische Funktionen ausüben. Mit den dazwischen liegenden ländlichen Räumen bilden sie eine homogene Solidargemeinschaft, die für Ausgewogenheit und territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt steht. Das Oberrheingebiet blickt auf eine lange und erfolgreiche Tradition der Zusammenarbeit zurück. Seit der Einsetzung der Deutsch-französisch-schweizerischen Regierungskommission im Jahr 1975 wurden durch die Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, insbesondere auch mit Unterstützung durch INTERREG, zahlreiche Projekte und Maßnahmen realisiert.

Aufgrund dieser Stärken gehört der Oberrhein zu den Gebieten Europas, die sich durch großen Wohlstand und eine starke Kooperationsdynamik auszeichnen. Wie alle Grenzregionen muss sich der Oberrhein neuen Herausforderungen im Bereich der Zusammenarbeit stellen. Wie andere funktionale Grenzräume geht auch das Oberrheingebiet über die Verwaltungsbezirke und territorialen Zuständigkeiten der vorhandenen Institutionen hinaus. Hier muss ein innovatives Governance-Modell gefunden werden, das in der Lage ist, sich für jedwede Partnerschaft zu öffnen. Der Oberrhein muss darüber hinaus seine Stärken ausbauen, sämtliche Potenziale seines Territoriums voll erschließen und zudem die Entwicklung neuer Kooperationsdynamiken begleiten.

Vor diesem Hintergrund und auf der Grundlage der seit 2006 angestellten Überlegungen und im Besonderen der durch den 11. Dreiländerkongress im Januar 2008 ausgelösten Impulse und durchgeführten Arbeiten beschließen die Unterzeichner mit dieser Erklärung die Gründung der "Trinationalen Metropolregion Oberrhein".

DAS ZIEL:

Entwicklung des Oberrheingebietes zu einer europäischen Region mit höchster Wettbewerbskraft

Die Trinationale Metropolregion Oberrhein hat sich zum Ziel gesetzt, die Ressourcen des Oberrheins als Wirtschaftsraum nachhaltig weiterzuentwickeln, für raumrelevante Vorhaben eine gemeinsame Raumordnungspolitik zu entwickeln, die Region als attraktiven Lebensraum auszugestalten und im nationalen und internationalen Wettbewerb optimal zu positionieren. Ziel ist nicht, eine neue Verwaltungsstruktur zu schaffen. Es geht vielmehr darum, die Koordinierung zwischen den traditionellen Akteuren zu verbessern und sich für neue Partner zu öffnen, um Plattformen und Netzwerke aufzubauen und gemeinsam die vorhandenen Potentiale voll auszuschöpfen sowie die verfügbaren Ressourcen zu bündeln. Um diese Zielsetzung zu erreichen, wünscht der Oberrheinraum, über eine mittelfristige Entwicklungsstrategie zu verfügen. So wird die Metropolregion im Rahmen einer in Europa einzigartigen und neuartigen Governance-Struktur auf der Basis von Politik, Wirtschaft, Forschung und Hochschulwesen sowie der Zivilgesellschaft als den vier grundlegenden Säulen gestaltet.

Die Trinationale Metropolregion Oberrhein fügt sich in das Konzept des wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts gemäß dem Vertrag von Lissabon ein. Aufgrund ihrer Eigenschaft als funktionale Region mit Einbindung aller Akteure ihres Territoriums ist die Metropolregion ein Projekt, das mit den Zielen der Europäischen Union (Prioritäten der Territorialen Agenda und der Strategie der Europäischen Union 2020) und der Mitgliedstaaten (Deutsch-französische Agenda 2020) übereinstimmt und somit ein Versuchsfeld für die europäische Politik darstellt.

DER WEG: Entwicklungsstrategie der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Gestützt auf die Dynamik, die durch die im Januar 2008 auf dem 11. Dreiländerkongress unterzeichnete Erklärung von Straßburg ausgelöst wurde, und insbesondere auf die am Oberrhein eingeleiteten Maßnahmen und die im Rahmen der verschiedenen Säulen durchgeführten Arbeiten, haben deren Vertreter eine Entwicklungsstrategie verfasst, die einen "Fahrplan" zur Erreichung der gemeinsamen Ziele der TMO darstellt.

Hauptschwerpunkte dieser Strategie sind:

- **für die Säule Wissenschaft:** Weiterentwicklung des Oberrheins zur "Innovations- und Wissensregion", gemäß der Definition in der Gemeinsamen Erklärung zum 12. Dreiländerkongress vom 2. Dezember 2010. Die Säule Wissenschaft, welcher Universitäten, Hochschulen und

Forschungszentren angehören, schlägt eine Vernetzung aller betroffenen Akteure vor, um die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation zu stärken, Forschung und Innovation zu fördern und den Oberrhein auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zur "Exzellenzregion" zu entwickeln. Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 unter den wissensbasierten grenzüberschreitenden Wirtschaftsräumen Europas der dynamischste zu sein;

- **für die Säule Wirtschaft:** zur Entwicklung einer wettbewerbsfähigen nachhaltigen Wirtschaft beitragen, die auf der Innovation und Komplementarität ihrer Akteure basiert. Die Säule, die aus Vertretern der Wirtschaft (inklusive Handelskammern, Entwicklungsagenturen, Clustern, usw.) besteht, arbeitet daran, ein nachhaltiges Wachstum zu erreichen, die Einrichtung von grenzübergreifenden Clustern zu fördern, die Schaffung von Arbeitsplätzen auf einem besser integrierten Arbeitsmarkt zu unterstützen, die Zusammenarbeit im Tourismusbereich zu fördern, wirtschaftliche Kooperationen in den Zukunftssektoren und dem Green Tech-Bereich weiter auszubauen, die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Oberrheins zu steigern und eine gemeinsame Wirtschaftsförderung auf europäischer und internationaler Ebene zu gewährleisten;

- **für die Säule Zivilgesellschaft:** Schaffung einer "Grenzregion der Bürgerinnen und Bürger" mit Einbeziehung der Erfahrungen, Meinungen und Vorschläge der BürgerInnen der verschiedenen Regionen des Oberrheingebietes sowie Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls zu einem gemeinsamen Lebensraum. Sie basiert auf den Arbeiten der "Trinationalen Bürgerforen" und verbindet an der grenzüberschreitenden Problematik interessierte Bürger, Vereine, Verbände und Stiftungen des Privatsektors sowie offizielle Institutionen;

- **für die Säule Politik:** Erörterung des jetzigen Governance-Systems im Hinblick auf eine sachgerechtere und effizientere Arbeit, welche die Förderung des Oberrheins gewährleisten würde. Die Säule, der die traditionellen Kooperationspartner (Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat), die Eurodistrikte und das Städtenetz angehören, trägt zur Vereinfachung der interinstitutionellen Koordinierung bei, indem sie eine effizientere Verwaltung durch eine stärker integrierte Kommunikation sicherstellt sowie Vorschläge für eine transparentere Verteilung der Kompetenzen zwischen den Entscheidungsstrukturen und -instanzen entwickelt.

Die politischen Verantwortungsträger im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie die Vertreter der vier Säulen als Träger der Metropolregion unterzeichnen die vorliegende Erklärung und fordern die Vertreter der Staaten und der Europäischen Union auf, sich ihrerseits für die Förderung, Unterstützung und Entwicklung der geschaffenen Trinationalen Metropolregion Oberrhein einzusetzen.

Anhang und Bestandteil der Erklärung: "Die Strategie der Trinationalen Metropolregion Oberrhein"(1) Diese Strategie, welche die Schaffung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein begründet, ist ein gemeinsames Dokument der vier Säulen als Träger der Metropolregion. Sie kann zu Arbeits-

programmen und Vereinbarungen zwischen den Partnern führen, um die erfolgreiche Durchführung gemeinsamer Projekte und die Entstehung neuer Dynamiken am Oberrhein zu ermöglichen.

(1) www.metropolregion-oberrhein.org, (siehe separate Abbildung und Link) Quelle: zitiert aus: www.oberrheinkonferenz.org/media/documents/1143-Gründungserklärung_TMO.pdf

TRINATIONALE METROPOLREGION am OBERRHEIN Rückblick + Hintergrund 2006-2010:

Das Oberrheingebiet kann angesichts seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und seiner funktionierenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als Modell für eine Metropolregion innerhalb eines zusammenwachsenden Europas angesehen werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der AG Raumordnung in Auftrag gegebene Studie (1) aus dem Jahr 2006.

Das Präsidium der Oberrheinkonferenz hat daher beschlossen, diese Entwicklung mit einer ad hoc-Gruppe Trinationale Metropolregion Oberrhein (kurz: TMO) weiter zu begleiten, um unter Einbezug der Gremien der Oberrheinkonferenz und sämtlicher Initiativen außerhalb der Oberrheinkonferenz für die Entwicklungsphase der Metropolregion eine zielführende Bearbeitung der Thematik zu gewährleisten.

Im Januar 2008, anlässlich des 11. Dreiländerkongresses unterschrieben die wichtigsten oberrheinischen Vertreter der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft eine Gemeinsame Erklärung (2) mit dem Ziel Synergien und Partnerschaften zu verstärken.

Mit einer Fläche von 21 518 km², ca. 6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und einem BIP von ca. 167 Milliarden Euro verfügt dieses Gebiet über zahlreiche Vorteile und Stärken, welche die französischen, deutschen und schweizerischen Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf europäischer Ebene bekannt machen möchten. Die Trinationale Metropolregion bezweckt die Entwicklung des Oberrheins zu einem „Innovationslabor“, welche eine praxisorientierte Umsetzung der Strategien von Lissabon und Göteborg sowie der Territorialen Agenda der Europäischen Union gewährleistet.

Die Metropolregion bietet den Rahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Partnern, Kompetenz- und Ressourcenzentren, Unternehmen, Wirtschaftsmotoren sowie den Bürgern und Bürgerinnen (3) des Oberrheins und bezweckt:

- Die Verwirklichung innovativer Projekte mit hohem und sehr hohem Mehrwert auf den Gebieten von Forschung und Entwicklung, Industrie, Umwelt, Kultur und Touristik, die geeignet sind, dem Oberrhein Identität, Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität auf europäischer und inter-

nationaler Ebene zu verleihen, wie keines seiner einzelnen Bestandteile es allein vermögen würde;

- Den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und territorialen Zusammenhalt des Oberrheins zu verstärken und das Gebiet zu einem Modellraum für ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu gestalten. Dabei soll seinen Einwohnern und Unternehmen, wo sie sich auch immer befinden, die bestmöglichen Bedingungen geboten werden, damit sie ihre Vorhaben innerhalb eines geschützten und zur Geltung gebrachten Lebensraums umsetzen können.

(1) www.oberrheinkonferenz.org/media/documents/84-Studie_Metropol.pdf

(2) www.oberrheinkonferenz.org/media/documents/958-version+biligue+declaration+commune.pdf

(3) www.oberrheinkonferenz.org/de/metropolregion/burgerforen/

Quelle und mehr:

www.oberrheinkonferenz.org/de/metropolregion/

Landkarten der Trinationalen Metropolregion (siehe auch Strategiebrochure 2010)

www.oberrheinkonferenz.org/media/documents/1149-Cartes+RMT.pdf

Zusammenfassung und Inhaltverzeichnis der Broschüre:

Gemeinsam handeln und gestalten: Eine Strategie für die Trinationale Metropolregion Oberrhein 2020

Zusammenfassung:

Die gemeinsame Strategie der Trinationalen Metropolregion Oberrhein hat zum Ziel, durch eine intensive Zusammenarbeit von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft den Oberrhein als ein europäisches Kraftzentrum sichtbar zu machen und auszubauen.

Ausgangspunkt ist dabei ein die nationalen Grenzen überschreitender Lebensraum von knapp sechs Millionen Einwohnern mit einem Bruttoinlandsprodukt von 202,5 Mrd. €, der eine strategisch hervorragende Lage im Herzen Europas hat. Er verfügt über ein hohes Wissenschaftspotenzial, wettbewerbsfähige und innovative Unternehmen sowie einen dynamischen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt. Darüber hinaus gibt es eine seit Jahrzehnten bewährte grenzüberschreitende Praxis auf verschiedenen Ebenen, die im Interesse der Bevölkerung schrittweise zum Abbau der Grenzeffekte und zum Aufbau des territorialen und sozialen Zusammenhalts am Oberrhein beigetragen hat.

Darauf aufbauend haben nun die Vertreter von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erstmals eine gemeinsame, nationale Grenzen übergreifende Strategie verabredet, um mit gemeinsam getragenen konkreten Maßnahmen den Oberrhein weiter zu entwickeln. Somit wird der Oberrhein zu einer Modellregion, zu einem Versuchsfeld europäischer Integration.

Prioritäre Handlungsfelder innerhalb der Strategie sind:

- Aufbau einer Wissensregion Oberrhein;
- Entwicklung einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft;

· Einbeziehung der Bevölkerung und Stärkung der gemeinsamen Identität;

· Aufbau einer leistungsfähigen Mehr-Ebenen-Governance zu Steuerung der notwendigen mehrschichtigen Zusammenarbeit.

Aufbau einer Wissensregion Oberrhein

Bildung und Forschung sind der Rahmen für die Kreativität der Menschen und fördern die Innovation in den Unternehmen. Eine breite grenzüberschreitende Vernetzung aller Akteure auf diesem Gebiet ist noch nicht vorhanden. Vor allem fehlt es jedoch an gemeinsamen Strategien und politischen Initiativen. Dieses soll verändert werden durch:

· Eine stärkere Vernetzung und größere Transparenz (Beispielhafte Projekte: jährlich wiederkehrende Wissenschaftswoche, Deutsch-Französische Berufsschule, Austausch von Good Practices);

· Eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Hochschulen (Beispielhafte Projekte: Einrichtung weiterer integrativer Studiengänge, Förderung der Mobilität der Lehrenden und

Studierenden, gemeinsame Lehrstühle, Herstellen von Transparenz in der Forschungslandschaft);

· Förderung von Innovation und Forschung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft (Beispielhafte Projekte: Umweltinstitut Oberrhein, Innovation Observatory für den Oberrhein, Workshops und Netzwerktreffen);

· Darstellung des Oberrheinraumes als Exzellenzregion des Wissens (Beispielhafte Projekte: Lobbying- Veranstaltungen, Broschüre „Trinationale Studiengänge am Oberrhein“);

· Fokussierung auf Themenbereiche zur Weiterentwicklung der Wissensregion wie: Geowissenschaften, Material- und Nanowissenschaften, Optik und Photonik.

Entwicklung einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft

Zur Entwicklung einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft sieht die gemeinsame Strategie vor:

· Die vorhandenen industriellen Cluster wie Life-Sciences, Automotive, Information und Kommunikation sowie Kreativ- und Freizeitwirtschaft durch gezielte grenzüberschreitende Vernetzung weiter auszubauen. (Beispielhafte Projekte: Biovalley, IT2Rhine, Clusterforum Oberrhein, Metrodialog);

· Die Entstehung neuer Arbeitsplätze in einem integrierten Arbeitsmarkt zu unterstützen, um das Arbeitskräftepotenzial des Oberrhein für die Eigenentwicklung abzusichern. (Beispielhafte Projekte: EuresT, Euregiozertifikat, bi- und trinationale Studiengänge, grenzüberschreitende Ausbildungsangebote);

· Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Tourismus weiterzuentwickeln, zur verbesserten Vermarktung der Gesamtregion (Beispielhafte Projekte Upper Rhine Valley, Region der Sterne);

· Die Förderung einer umweltfreundlichen und nachhaltigen Wirtschaft (Beispielhafte Projekte: Energivie,

trinationales Energie-Netzwerk, ITADA Foren);

- Eine gemeinsame Wirtschaftsförderung auf europäischer und internationaler Ebene (Beispielhafte Projekte: Verbreitung des TMO-Logos, gemeinsames TMO-Marketing, gemeinsame Messeauftritte).

Einbeziehung der Bevölkerung und Stärkung einer gemeinsamen Identität (Zivilgesellschaft)

Der Erfolg der Trinationalen Metropolregion Oberrhein ist eng mit ihrer demokratischen Legitimation und der aktiven Einbeziehung der Zivilgesellschaft verbunden. Diese nicht einfach zu realisierende Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger soll erreicht werden durch:

- Die (Wieder)Entdeckung der gemeinsamen Identität der Einwohner und Einwohnerinnen unter Bezug auf das gemeinsame historische, kulturelle und sprachliche Erbe der Region. (Beispielhafte Projekte: Bürgerforen);
- Die Einforderung der Übernahme von Verantwortung durch die Bürger und Bürgerinnen (Beispielhafte Projekte: Inhaltlicher Ausbau der Eurodistrikte);
- Die Förderung der Kultur als Bindeglied der Einheit und Träger der Dynamik des Oberrhein (Beispielhafte Projekte: Unterstützung und grenzüberschreitender Ausbau der kulturellen Netzwerke)
- Die Förderung der Zweisprachigkeit;
- Die herausgehobene Einbeziehung der Jugend und ihrer Organisationen in den Aufbauprozess der Trinationalen Metropolregion Oberrhein.

Aufbau einer leistungsfähigen Mehr-Ebenen-Governance

Die gegenwärtige Kooperationsdynamik der Grenzregionen geht über die vorhandenen territorialen Zuschnitte von Verwaltungen und die Zuständigkeiten bestehender öffentlicher und privater Organisationen hinaus. Die Schlüsselakteure für die territoriale Entwicklung kommen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft aber auch aus unterschiedlichen staatlichen Ebenen. Um diese zu einem gemeinsamen, zielorientierten Handeln im Interesse des Gesamttraumes zu bewegen, bedarf es neuer Formen der Zusammenarbeit und Steuerung, die sowohl Transparenz, wie Effizienz und Repräsentativität sicherstellen.

Dies soll erreicht werden durch:

- Eine Vereinfachung und Straffung vorhandener Strukturen;
- Eine Förderung und Steuerung der Netze und Partnerschaften;
- Die Einbindung der sozioökonomischen Gruppen in die strategischen Entscheidungsfindungen, basierend auf dem Konzept eines „griechischen Tempels“ (siehe Schema Seite 4);
- Den Aufbau von Hilfswerkzeugen für die Governance und zur Entscheidungsfindung (Statistiken, Analysen, Kartographien)

Mit dieser vereinbarten Strategie zum Aufbau der Trinationalen Metropolregion Oberrhein soll eine der Zielsetzungen der EU „Stärken stärken“, die „territoriale Kohäsion“, d.h. eine harmonische und solidarische Ent-

wicklung der europäischen Regionen für den Oberrhein umgesetzt werden.

Damit will der Oberrheinraum ein Experimentierlabor für die EU-Politik und ein wichtiger Gesprächspartner für die Europäische Kommission werden. Bei allen Eigenleistungen der Trinationalen Metropolregion Oberrhein braucht diese auf ihrem Weg, z.B. für die neuralgischen Verkehrsfragen (da es sich dabei um wichtige Teile der Transeuropäischen Netze handelt), die Unterstützung der nationalen, regionalen und europäischen Behörden.

SUMMARY..

3

I. PRÄAMBEL

6

II. EIN DYNAMISCHER RAUM MIT UNZÄHLIGEN VORTEILEN.....6

1. EINE STRATEGISCHE POSITION IM HERZEN EUROPAS 7
2. EIN GEMEINSAMER LEBENSRAUM UND EIN DYNAMISCHER ARBEITSMARKT..... 7
3. BEWÄHRTE GRENZÜBERSCHREITENDE KOOPERATIONSPRAXIS AUF DEN VERSCHIEDENEN VERWALTUNGSEBENEN.... 8

III. DIE „TRINATIONALE METROPOLREGION OBERRHEIN“:

- EINE GEMEINSAME STRATEGIE FÜR EINE INTEGRIERTE EUROPÄISCHE GRENZREGION 9
1. EIN NOCH HÖHERER ANSPRUCH . 9
 2. TERRITORIALE UND SOZIALE KOHÄSION ALS GRUNDLEGENDE VORAUSSETZUNG FÜR DIE METROPOLREGION OBERRHEIN... 10
 3. EIN PROJEKT IM EINKLANG MIT DEN ZIELEN DER EU UND EIN LABOR FÜR DIE EU-POLITIK . 11
 4. DIE ERFORDERLICHE UNTERSTÜTZUNG DURCH NATIONALE UND EUROPÄISCHE POLITIKEN 12

IV. AUF DEM WEG ZUR WISSENSREGION OBERRHEIN 12

1. FORSCHUNG UND BILDUNG ALS WESENTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR EINE KREATIVE GESELLSCHAFT . 12
2. ZIELE FÜR DIE WISSENSREGION OBERRHEIN..... 13
 - 2.1 STÄRKERE VERNETZUNG UND GRÖßERE TRANSPARENZ13
 - 2.2 STÄRKUNG DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN UNIVERSITÄTEN UND DEN HOCHSCHULEN IM BEREICH LEHRE 14
 - 2.3 FORSCHUNG UND INNOVATION AM OBERRHEIN FÖRDERN IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEN VERTRETERN DER WIRTSCHAFT 14
 - 2.4 DARSTELLUNG DES OBERRHEINRAUMS ALS EXZELLENZREGION DES WISSENS. 14
3. THEMENBEREICHE DER WISSENSREGION AM OBERRHEIN 15
4. NÄCHSTE SCHRITTE UND MAßNAHMEN 15

V. ENTWICKLUNG EINER WETTBEWERBSFÄHIGEN UND NACHHALTIGEN WIRTSCHAFT.. 15

1. EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DES OBERRHEINS UNTERSTÜTZEN - DIE ENTSTEHUNG VON

GRENZÜBERSCHREITENDEN CLUSTERN FÖRDERN	16
2. DIE ENTSTEHUNG NEUER ARBEITSPLÄTZE IN EINEM INTEGRIERTEN ARBEITSMARKT UNTERSTÜTZEN	16
3. DIE ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH DES TOURISMUS WEITERENTWICKELN.....	17
4. EINE UMWELTFREUNDLICHE UND NACHHALTIGE WIRTSCHAFT FÖRDERN INSBESONDERE DIE ENTWICKLUNG EINER „GRÜNEN“ WIRTSCHAFT	17
5. EINE GEMEINSAME WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG AUF EUROPÄISCHER UND INTERNATIONALER EBENE	17

VI. TRINATIONALE METROPOLREGION OBERRHEIN - EIN MODELL FÜR EIN EUROPA DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

1. BÜRGERBETEILIGUNG ALS KERNELEMENT DER VERÄNDERUNG.....	18
2. DREI BÜRGERFOREN AM OBERRHEIN – ZUKUNFTSWERKSTÄTTEN FÜR DIE METROPOLREGION.	18
3. EINE GEMEINSAME IDENTITÄT SOLL WIEDERENTDECKT WERDEN	18
4. DIE ZWEISPRACHIGKEIT, ERSTE VORAUSSETZUNG FÜR JEGLICHEN AUSTAUSCH..	19
5. DIE JUGEND VERKÖRPERT DIE ZUKUNFT DER OBERRHEIN-REGION	20

VII. DIE GOVERNANCE DES OBERRHEINS....

1. AUFBAU EINER LEISTUNGSFÄHIGEN MEHR-EBENEN-GOVERNANCE.....	20
1.1 STÄRKUNG DER GOVERNANCE FÜR DIE METROPOLREGION.....	21
1.2 DEN OBERRHEIN EUROPA- UND WELTWEIT ALS EINE TRINATIONALE REGION DER SPITZENKLASSE POSITIONIEREN	22
1.3 EINE KONZERTIERTE EUROPAPOLITIK	22
1.4 EINRICHTUNG VON HILFSINSTRUMENTEN FÜR DIE GOVERNANCE DER METROPOLREGION UND FÜR DIE BEWERTUNG	22

VIII. ANLAGEN... ..

1. VERKEHR.....	24
2. WISSENSCHAFT.....	26
3. WIRTSCHAFT.....	31
4. ZIVILGESELLSCHAFT	36
5. POLITIK.....	37

IX. KARTEN.....

1. DER OBERRHEIN IN EUROPA	38
2. MANDATSGEBIET DER OBERRHEINKONFERENZ.....	39
3. VERKEHRSINFRASTRUKTUREN IM OBERRHEIN GEBIET- 2007.....	40
4. RELIEF DARSTELLUNG DER MANDATSGEBIET DER OBERRHEINKONFERENZ - 2010.....	41
5. SIEDLUNGSSTRUKTUR IM OBERRHEINGEBIET	42
6. HAUPTTOURISTENVERKEHR OBERRHEIN 2007	43
7. (. .) NATURRÄUME IM OBERRHEINGEBIET – 2007	44

Umwelt am Ober-/Hochrhein (20)

.....

Regierungspräsidium stellt Ereignismeldungen und aktuelle Messwerte zu den

Kernkraftwerken Fessenheim, Leibstadt und Beznau ins Internet

Zur ausführlichen Information zu den Kernkraftwerken Fessenheim, Leibstadt und Beznau hat das Regierungspräsidium Freiburg unter www.rp-freiburg.de einen schnellen Zugriff auf alle verfügbaren Informationsquellen zu Ereignissen und aktuellen Messwerten zu den Kernkraftwerken eingerichtet. Die für den Katastrophenschutz zuständige Mittelbehörde weist auf ihrer Webseite dabei bspw. auf die Videotextseiten des SWR hin, auf der aktuelle Messwerte mit weiteren Erläuterungen abgerufen werden können.

Darüber hinaus ermöglicht sie für das KKW Fessenheim den Zugriff auf die offiziellen Ereignismeldungen und aktuellen Messwerte des Kernkraftwerksbetreibers EDF und der französischen Atomaufsichtsbehörde ASN. Für die beiden Schweizer Kernkraftwerke kann auf die Webseite der Aufsichtsbehörde des Bundes ENSI (Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat) und der Nationalen Alarmzentrale (NAZ) des Schweizerischen Bundesamtes für Bevölkerungsschutz zugegriffen werden. Darüber hinaus besteht bei allen Kraftwerken die Möglichkeit, Ergebnisse der Messstellen des Landesamts für Umwelt; Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) sowie des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) abzurufen.

REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG, PRESSEMITTEILUNG 08.12.2010

Hinweis der Redaktion: per Suche: „Kernkraftwerke“ eingeben. Der direktere Link ist:

www.rp-freiburg.de/servlet/PB/menu/1037088_psearch/index.htm?sucharea=1007481&bwarea=1029169&suchfeld=Kernkraftwerke

SES: Atommüll Schweiz ungelöst

Zur Schweizer Atommüllentsorgung bleiben wichtigste Fragen unbeantwortet. Insbesondere auf die Langzeitprobleme bietet das Nagra-Konzept keine Antworten, so die Schweizer Energie-Stiftung SES. Trotzdem will das Bundesamt für Energie BFE bereits nach einem geeigneten Standort suchen. Die SES und der regionale Widerstand wehren sich gegen das unsichere Nagra-Konzept und gegen das scheindemokratische BFE-Verfahren. Sie forderten den Bundesrat auf, den sogenannten Entsorgungsnachweis aufzuheben und das Sachplanverfahren neu aufzugleisen.

Am 30. November ging die öffentliche Anhörung der Etappe 1 im Sachplanverfahren zu Ende. Rund 4000 Personen haben die Möglichkeit ergriffen und Einsprache gemacht. Sie sagen: SO NICHT! Und wehren sich damit gegen ein unsicheres Atommülllagerkonzept und gegen die verfrühte Standortsuche.

Keine Antworten auf Langzeitprobleme

Das geplante Atommülllager muss für eine Million Jahre sicher sein. Diesen Herausforderungen wird die Nagra mit ihrem Lager-Konzept jedoch nicht gerecht, denn es verfolgt noch immer ein «aus-den-Augen-aus-dem-Sinn»- Prinzip:

Das Lager soll nach 50 bis 150 Jahren vollständig verschlossen und nicht mehr überwacht werden. Doch wie will die Nagra garantieren, dass die Schutzbarrieren des Lagers so lange halten, dass der Opalinuston von der Atommüll-Hitze nicht porös wird und dass keine Brüche im Gestein entstehen? Untergrundkonflikte (z.B. durch Geothermiebohrungen) oder die Markierung des Lagers sind ebenso wenig gelöst.

Keine Antworten auf technische Fragen

Die Nagra weiss zum Beispiel weder, welches Behältermaterial benutzt, noch wie mit der Gas- und Wärmeentwicklung umgegangen werden soll. Kürzlich hat gar das Umweltministerium von Baden Württemberg verlauten lassen, dass der Deutsche Opalinuston für ein Lager nicht geeignet wäre - diese Aussage wirft natürlich neue Fragen auf.

Scheindemokratisches BFE-Vorgehen

Den potenziellen Atommüll-Regionen wurde mit dem neuen Kernenergiegesetz das Vetorecht entzogen. Das heutige Partizipationsverfahren ist eine scheindemokratische Alibiübung, die den betroffenen Menschen keine echte Mitentscheidung ermöglicht. So aber ist das Verfahren nicht ergebnisoffen. Einer der sechs Regionen will man ein Lager aufzwingen – anstatt die Bevölkerung zu überzeugen. Widerstand ist damit vorprogrammiert.

Quelle: Medienmitteilung 29. November 2010 (leicht gekürzt), www.energiestiftung.ch/aktuell/archive/2010/11/24/medienkonferenz-atommuell-so-nicht.html Weitere Infos: Sabine von Stockar, Projektleiterin Atommüll, sabine.vonstockar@energiestiftung.ch

Energiewende Oberrhein (21)

Die ANDEREN Neujahrsgrüße



Die Grafik oben hat die Redaktion von den Umweltschutzvereinen CSFR (Elsass) und BUND Ende 2010 im Sinne der dringendsten Empfehlung an die Region fürs Neue Jahr 2011 erhalten. www.bund-freiburg.de, <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/index.html>). Die Grafik rechts oben ist schon bekannt.



ECOtrinoa e.V.:

13. Dreiländerkongress 2012 soll Thema „Klimaschutz und nachhaltige Energie“ haben

Mit Schreiben an Regierungspräsident Württemberg, Freiburg i.Br., und an Dr. Alberto Isenburg, Leiter des Amtes für Umweltschutz und Energie, Kanton Basel-Land, hat ECOtrinoa-Vorsitzender Dr. Georg Löser Mitte Dezember 2010 vorgeschlagen, den nächsten, d.h. den 13. Dreiländerkongress zum Thema „Klimaschutz und nachhaltige Energie“ zu veranstalten. ECOtrinoa, ein in Freiburg i.B. ansässiger Verband von Umweltschutz- und Energie-Instituten und -Büros möchte dabei die Schwerpunkte Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien behandeln wissen, ergänzt um den Energiesparen beim Verkehr samt Verbesserung des Modal Split zugunsten der Umwelt. Bei Effizienz und Einsparung sollten besonders auch Kraftwärmekopplung und die bisher viel zu wenig angezapfte und zumeist überraschend wirtschaftliche „Energiequelle Stromsparen“ eine große Rolle spielen. Bereits 2004 hatte ECOtrinoa einen ähnlichen Vorschlag an das Regierungspräsidium herangetragen. Des weiteren forderte der Verband, die EU-Regionalförderung, speziell die Interreg-Programme in der Oberrhein-Region ganz wesentlich für beschleunigten „Klimaschutz und nachhaltige Energie“ umzustellen.

ECOtrinoa erinnerte daran, dass die Deutsch-Französisch-Schweizerische Oberrheinkonferenz (ORK) sich seit einigen Jahren vermehrt mit dem Energie- und Klimaschutz-Thema auf Fachebene befasst, einen Experten-Ausschuss erneuerbare Energien und eine gemeinsame Klimaschutzkommission besitzt und im Dezember 2006 eine Resolution der Oberrheinkonferenz für eine grenzüberschreitende Klimaschutzstrategie und Energie-Vorbildregion Oberrhein verabschiedete.

Weitreichende EU-Ziele für Energie-Effizienz bestehen laut ECOtrinoa u.a. im Rahmen der verschärften Gebäude Richtlinie, weitere Richtlinien sind in Vorbereitung. Die Oberrheinkonferenz hatte im November 2010

das trinationale Energie-Netzwerk TRION eingerichtet. Bei Interreg befassten bzw. befassen sich einige, aber noch zu wenige Projekte mit Energiefragen für die Region. Die Oberrheinregion besitze viele vorbildliche Einzel-Beispiele, die verbreitet nutzbar wären. Die Regio Pamina im Norden der Region befasst sich mit Energie, bei den Eurodistrikten müsste nachhaltige Energie ein großes Thema sein, sei es aber noch nicht. ECOtrinoVA e.V. fülle hierzu mit den „Sonnen-Energie-Wegen im Eurodistrikt Region Freiburg /Centre et Sud Alsace“ ein Stück weit die Lücke.

In der Bevölkerung, bei zahlreichen Gebietskörperschaften sowie inzwischen auch ausdrücklich per dringender Erklärung von rund 200 elsässischen Mandatsträgern aller Ebenen und unterschiedlicher politischer Couleur, so Löser, bestehe erhebliches (Überlebens-)Interesse am schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie in der trinationalen Gesamtregion.

Sinnvoll sei, in der Oberrheinregion auch für die Stärkung der regionalen Wirtschaft bald eine überwiegende Energie-Autonomie zu erreichen. Dies etwa wie vom ländlichen Bereich her mit energiesparenden Bioenergiedörfern (Beispiele St. Peter, Freiamt Schwarzwald u.a.) und mit Stadtteilen (z.B. in Basel, Freiburg-Landwasser), die jeweils Strom aus Biomasse, Wind- und Wasserkraft sowie mit Solarstrahlung herstellen und erheblichen Energieüberschuss aufweisen können. Bei Strom sei eine überwiegende Autonomie der Region am südlichen Oberrhein und am Hochrhein auch ohne die Atomkraftwerke Fessenheim und Leibstadt/ Beznau vorhanden, aber großenteils von externen Firmen getragen.

Der ECOtrinoVA-Vorsitzende erinnerte daran, dass bereits rund 30 Vereinigungen der Bürgerschaft im Energie- und Umweltbereich in der trinationalen Region die gemeinsame zweisprachige Deklaration „Für eine Energiespar- und Solar-Modellregion am Oberrhein“ des Anfang 2003 im Rahmen der Begegnungen am Oberrhein gegründeten Netzwerks Energie-3Regio (www.Energie-3Regio.de) gezeichnet haben. Diese sei seinerzeit u.a. an das Regierungspräsidium Freiburg sowie an dessen trinationale Partner in der Schweiz und im Elsaß ergangen und habe offensichtlich bei der 2006er Energie-Resolution der Oberrheinkonferenz eine Rolle gespielt. Verbreitet auch im Elsaß bestehe sehr großes Interesse an nachhaltigen Energien im obigen Sinne. (...)

NEU: TRION - offizielles trinationales Netzwerk für Klimaschutz und Energie

„Erneuerbare Energien, Energiewende und Klimaschutz stellen die Menschen vor grenzenlos scheinende Aufgaben. An ihrer Lösung zu arbeiten – und das über Grenzen hinweg – dafür wurde im Frühjahr 2010 das Energie-Netzwerk der Trinationalen Metropolregion Oberrhein, TRION, gegründet. (...) Deshalb findet sich in der Oberrheinkonferenz als grenzüberschreitender Kooperationsplattform bereits seit 2006 mit der „Kommission Klimaschutz“ ein Forum, das

diese Themenfelder gemeinsam bearbeitet. Die globale Relevanz der Energie- und Klimafragen verlangt jedoch weit mehr Engagement, weshalb der Oberrhein zu einer Energie-Vorbildregion werden soll. Ein Ziel, das eine gemeinsame energie- und klimapolitische Strategie erfordert. Und es ist ein Ziel, das getrieben wird durch die Kommission Klimaschutz und gefördert im Rahmen des INTERREG-Programms. (...)

TRION: Ein Netzwerk, das Mehrwert für alle bietet:

Mehrwert für Unternehmen, indem sie ihre Kompetenzen erweitern durch Fortbildungen, Wissensaustausch und grenzüberschreitende Marktchancen, **Bürger**, denen Informationen, Anbieter und Maßnahmen zur Gebäudesanierung und weiterer Energie- und Klimaschutzthemen auch grenzüberschreitend leichter zugänglich gemacht werden, **Verwaltungen**, die Erfahrungen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen und Umsetzungsmöglichkeiten austauschen, **Forschungseinrichtungen**, die mehr Kontakte in die Praxis zur Pilotierung und konkreten Anwendung neuer Technologien des energieeffizienten Bauens und anderer Energie- und Klimaschutztechnologien erhalten.“

www.trion-climate.net/text/1/de/startseite.html, 2.1.2011,

<http://www.trion-climate.net/text/15/de/kontakt.html>

TRION NETWORK, Fabrikstraße 12, D-77694 Kehl, T +49 (0)7851/ 48 42 58-0, F -2, mob. +49 (0)172/ 580 40 27

Erste Ziele für TRION

„Als erstes Ziel für eine Energievorbildregion Oberrhein definierte das Trinationale Netzwerk die grenzüberschreitende Vernetzung der Akteure aus den Bereichen Energie und Klimaschutz mit dem Schwerpunkt „**Energieeffizienz in Gebäuden**“. Eine Bestandsaufnahme der Erfahrungswerte in allen drei Ländern soll die Basis einer gemeinsamen Arbeit sein. Und zu der sind vor allen Dingen all jene eingeladen, die Erfahrungen aus dem Alltag, aus dem operativen Geschäft in Planung, Handwerk, aber auch in Verwaltung und Wissenschaft einbringen können. Ingenieure, Architekten, Mitarbeiter in Behörden, Handwerker, Wissenschaftler, aber auch der „Häuslebauer“, Renovierer, Immobilienbesitzer und –verwalter sind mit ihren Beiträgen, ihrem Wissen und ihrer Initiative willkommen.“

Die Arbeit im Energie-Netzwerk verfolgt folgende Ziele:

- *Schaffung einer Kompetenzdatenbank für die Suche von Projektpartnern
- *Aus- und Weiterbildung von Handwerkern, Architekten und allen, die zur Energieeffizienz in Gebäuden ihren Beitrag leisten können
- *Grenzüberschreitende Erschließung von Marktpotenzialen
- *Unterstützung der Markteinführung neuer Technologien
- *Konzeption und Vorbereitung grenzüberschreitender Leuchtturmprojekte, die mit separaten Projekten umgesetzt werden

*Erstellung einer Studie über die Wirkung der Kommunikationsmaßnahmen im Energiebereich sowie Erarbeitung von Optimierungsmöglichkeiten

*Gemeinsame Klimaschutzmaßnahmen in den Euro-distrikten

*Marktentwicklung des Energiemanagements innerhalb der Kommunen

*Gemeinsame Weiterbildung nach einheitlichen Standards

<http://www.trion-climate.net/text/13/de/ziele-und-aufgaben.html>

Neben den Projektträgern von TRION, wir berichteten kommentiert in Ausgaben 1,2,3-2010, gibt es bereits eine Reihe **Nicht-kofinanzierender TRION-Partner** :

Deutsch-französisch-schweizerisch Oberrheinkonferenz (Projektleitung)

Euro-Institut Kehl

Trinationaler Euro-Distrikt Basel

Handwerkskammer Freiburg

Wirtschaftskammer Baselland

Handelskammer beider Basel

Regionalverband Südlicher Oberrhein, Freiburg

Hochschule Karlsruhe, Technik und Wirtschaft

Institut National des Sciences Appliquées de Strasbourg (INSA)

Institut Universitaire de Technologie Robert Schumann (IUT)

Fachhochschule Nordwestschweiz, Institut Energie am Bau, Muttenz

<http://www.trion-climate.net/text/12/de/nicht-kofinanzierende-partner.html>

TRION: 1. Trinationales Netzwerk-Treffen für Energie und Klimaschutz am Oberrhein - EU-Kommissar G. Oettinger Hauptredner

„1 + 1 + 1 ergibt mehr als 3“: Mit diesem Zitat von EU Kommissar Günther H. Oettinger brachte Regierungspräsident Julian Würtenberger gestern den Mehrwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich Energie und Klimaschutz auf den Punkt. Beim 1. Trinationalen Netzwerk-Treffen des Energie-Netzwerkes der Trinationalen Metropolregion Oberrhein hielt Oettinger vor rund 220 Energieexperten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft den Hauptvortrag. Der EU-Kommissar für Energie betonte die zentrale Bedeutung einer **nachhaltigen Energiestrategie für Europa**. Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, verbunden mit dem Ausbau der Netze und Energiespeichersysteme seien die zentralen Fragestellungen der EU in den kommenden 20 Jahren, so Oettinger. Er ermutigte daher den Oberrhein, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesem Bereich weiter voranzutreiben: **„Die trinationale Metropolregion Oberrhein ist nicht zuletzt ein Testraum für die Europäisierung der Energiepolitik.“**

Ziel des von der Kommission Klimaschutz der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz unter dem

Vorsitz von Dr. Alberto Isenburg gegründeten Energie-Netzwerkes ist die Weiterentwicklung des Oberrheins zur **Energie-Vorbildregion**. Dies soll durch die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Clusters geschehen. „Wir haben hervorragende Voraussetzungen wohin das Auge sieht, was fehlt ist eine effiziente Vernetzung“ formulierte Würtenberger den Handlungsauftrag des Netzwerkes, dessen Koordinierungsstelle mit Unterstützung der Europäischen Union in Kehl eingerichtet wurde.

Ab 1. Januar ist die **Internetseite** online unter der Adresse www.trion-climate.net. Bereits jetzt konnten sich die Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft in die **Kompetenzdatenbank** des Netzwerkes eintragen, die später das Fundament des Clusters bilden soll.

Quelle: Medieninformation Kehl, 24.11.2010. Kontakt: Melanie Pfahlmann, Leiterin Koordinierungsstelle, T. ++49 (0)7851/4842 580, melanie.pfahlmann@rpf.bwl.de, Fettsetzungen durch die Redaktion.

Hinweis der Redaktion:

Zur Europäisierung der Energiepolitik und EU-Energiestrategie siehe Rubrik Klimaschutz-Energie dieser Ausgabe und Einleitung S. 1 dieses Heftes.. Frage: Ob diese Energiestrategie wirklich „nachhaltig“ oder nachhaltig genug ist?

Zur Erinnerung: Das Energie-Netzwerk der Trinationalen Metropolregion Oberrhein ist ein INTERREG-Projekt mit einem Budget von 900.000€ und einer Laufzeit von November 2009 bis Oktober 2012. Ziel ist die Vernetzung der Akteure im Bereich Energie und Klimaschutz aus den drei Ländern des Oberrheins mit einem Schwerpunkt auf der Energieeffizienz in Gebäuden.. Das Regierungspräsidium Freiburg trägt die rechtliche, finanzielle und personelle Gesamtverantwortung. Weitere Informationen: www.oberrheinkonferenz.org/de/themen-und-projekte/klimaschutz/, zu INTERREG: www.interreg-oberrhein.eu

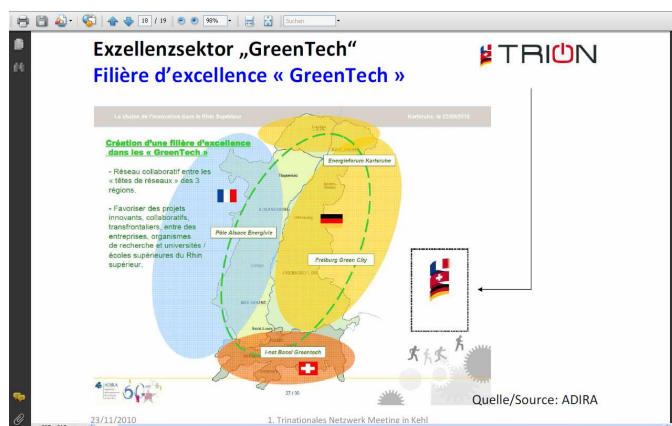


Abbildung aus Vortrag Dr. Isenburg, Kanton BL, Kehl, 23.11.2010

Das Programm der Tagung:

http://www.oberrheinkonferenz.org/media/documents/1107-Energie-Netzwerk_Einladung_23+11+2010.pdf

Die interessanten Präsentationen der Referenten stehen auf der Internetseite der Oberrheinkonferenz bereit:

www.oberrheinkonferenz.org/de/themen-und-projekte/klimaschutz/

"TRION - Das Energie Netzwerk der Trinationalen Metropolregion Oberrhein",

Dr. Alberto Isenburg, Vorsitzender der Kommission Klimaschutz der ORK

"Zur Konzeption von Clustern - Fehler, die man machen oder vermeiden kann",

Prof. Dr. Carola Jungwirth, Universität Passau

"Pôle Alsace énérgivie - Solutions à énérgie positive pour le bâtiment", (frz.)

Jean Luc Sadorge, Generaldirektor Spitzencluster Alsace Energivie

"Die Region Oberrhein im Klimawandel – Betroffenheit und Chance", Prof. Dr. Manfred Stock, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

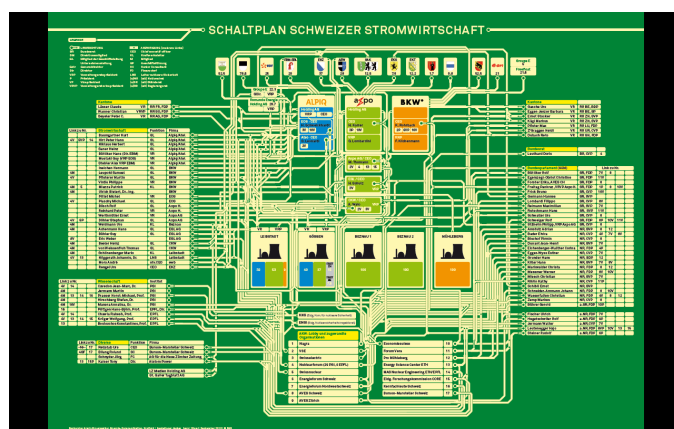
Die Schweizer Stromwirtschaft kennt keine Grenzen

Schweizer Stromwirtschaft etwa 75% in öffentlicher Hand.

Die Schweizer Stromwirtschaft gehört zu etwa 75% der öffentlichen Hand: In der schweizerischen Stromversorgung sind sechs grosse Überlandwerke (Axpo/NOK, Atel, BKW, EOS, EGL, CKW), ca. 900 Gemeinde- und Stadtwerke (ua. Zürich, Bern, Basel) sowie rund 80 Partner- und etwa 30 Kantonswerke und regionale Verteiler tätig. Die sechs grossen Überlandwerke und die drei grossen Stadtwerke verfügen über rund 80% der gesamten Kraftwerkskapazität in der Schweiz. Die Schweizer Stromwirtschaft gehört zu etwa 75% der öffentlichen Hand. In den Verwaltungsräten grosser Stromfirmen sitzen deshalb auch Vertreter von Kantons- und Stadtregierungen (von Amtes wegen), verdiente alt-Regierungsräte und viele bürgerliche National- und Ständeräte. das auf Grosskraftwerke und einträglichen Stromhandel fixierte Management der Stromwirtschaft kann dank dieser Verbandelung seine Interessen im energiepolitischen Prozess weitgehend durchsetzen.

Schweizer Strom kennt keine Grenzen: Die Schweizer Stromwirtschaft stellt in der Öffentlichkeit vor allem die Landesversorgung in den Vordergrund. Doch die Schweiz ist über Hochspannungsleitungen in allen Himmelsrichtungen in den europäischen Stromverbund integriert und besitzt Kraftwerke in ganz Europa. Sie ist längst zur Stromdrehscheibe Europas geworden. Unternehmen wie Axpo, ATEL, EOS, BKW oder Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg verdienen Milliarden von Franken im europäischen Stromhandel. 2007 wurde 40% der Wasserkraftproduktion zu hohen Preisen ins Ausland verkauft – im Gegenzug wurde billiger Kohle- oder Atomstrom für den Schweizer Bedarf oder für den Betrieb von Pumpspeicherkraftwerken eingekauft. Diese „Stromwaschanlagen“ machen aus dem fossilen oder nuklearen Importstrom wieder „saubere“ Wasserkraft: Wasser hochpumpen, dabei 30% des Stroms vernichten, Wasser wieder in die Tiefe schießen lassen, verstromen und zu Spitzenpreisen im europäischen Stromhandel verkaufen. So funktioniert dieses Geschäft.

Sauber sind vor allem die Renditen: Die Stromwirtschaft macht seit Jahren gutes Geld und lebt von Monopolrenten. Die Jahresgewinne der großen Stromunternehmen steigen und steigen. Jährlich schöpfen sie gemeinsam gegen 2,5 Milliarden SFr ab. Alleine der Stromhandel bringt den großen Stromunternehmen gegen eine Milliarde Gewinn. Die Schweizer Stromunternehmen leiden an Investitionsstau. Gleichzeitig hält die Schweizer Stromwirtschaft nach wie vor den Mythos der „CO2-freien“ Stromversorgung aufrecht („Dank Wasserkraft und Kernenergie“). Daran findet selbst Energieminister Moritz Leuenberger keinen Gefallen mehr. Das hat er am Stromkongress vom 14. Januar 2008 öffentlich kundgetan: „In Bezug auf den CO2-Ausstoss ist der vermeintlich saubere Strommix der Schweiz gar nicht so sauber, wie oft dargestellt wird.“



Quelle SES, 2010:

<http://www.energiestiftung.ch/files/textdateien/aktuell/magazine/schaltplanschweizerstromwirtschaft.pdf>

Quelle SES - Schweizerische Energie-Stiftung, Sihlquai 67, CH - 8005 Zürich, T +41 (0)44 271 54 64, F+41 (0)44 273 03 69
info@energiestiftung.ch www.energiestiftung.ch
www.energiestiftung.ch/energiethemen/energiepolitik/schweizerstrompolitik/stromwirtschaft/

Neue deutsche Kohlekraftwerke für Schweizer Stromverbrauch? Solarspar macht Klimaschutz konkret

In der Dezember-Ausgabe der Solarspar-Zeitung von Solarspar, ein regional und überregional/international tätiger Öko-Energieverein (vormals Genossenschaft), CH-Sissach/BL, wurde die BKW FMB Energie AG an den Pranger gestellt für ihre Pläne, im deutschen Dörpen in Kohlekraft zu investieren. Mittlerweile hat das Unternehmen eine weise Entscheidung getroffen und sich aus dem „Klimasünden“ Projekt zurück gezogen. Die Energiekonzerne EnBW (Deutschland) und BKW teilten im Dezember mit, das geplante Kohlekraftwerk lasse sich ohne eine Wärme-Kraft-Kopplung nicht rentabel betreiben. Deshalb werde es nicht gebaut. Zu hoffen ist, dass nicht nur wirtschaftliche Überlegungen zum Rückzug bewogen haben, sondern auch die Einsicht, dass Kohlekraftwerke die schlimmsten CO2 Schleudern sind. Daher warten wir jetzt darauf, dass die BKW die 33 % Be-

teilung an dem im Bau befindlichen Kohlekraftwerk Wilhelmshaven heraus nimmt und in zukunftssträchtige Windparks investiert.

Keine Einsicht bei EBM und Rätia Energie AG

Wie es in Brunsbüttel an der Unterelbe weiter geht, wo die Rätia Energie AG und der Baselbieter Energieversorger Elektra Birseck Münchenstein EBM gross investieren, und deswegen unter scharfen Beschuss geraten, ist noch unklar. Sie hätten keinen Einfluss auf Entscheide, liess die EBM verlauten. Ein Ausstieg aus dem Vertrag sei nicht vorgesehen. Auch die Rätia hält an Brunsbüttel fest.

<http://www.solarspar.ch/index.php?id=70&a=10> Dez 2010

Kommentar: Die Berner Kraftwerke BKW sind weiterhin auch dafür kritisiert, dass sie in ihrem Stromangebot zu rund 70% Atomstrom haben, u.a. durch Beteiligungen am AKW Mühleberg (100%), aus dem AKW Leibstadt sowie durch Strombezüge aus dem AKW Gösgen, so dass Überleben der Schweiz und von Nachbar-Regionen mit aufs Spiel setzen.

Solar- und Energiesparwirtschaft im Kanton Bern für 100% Erneuerbar



Die Gruppe NEUE ENERGIE Bern vereint Vertreterinnen und Vertreter der Berner Wirtschaft, die sich für erneuerbare Energien und Energieeffizienz engagieren. Unsere Erfahrungen zeigen schon heute die unzähligen Möglichkeiten der erneuerbaren Energie und deren Mehrwert für die Region. Wir stehen dafür ein, dass Bern 2011 auf NEUE ENERGIE setzt – denn so gewinnen alle! Vier Gründe für Neue Energie:

Mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz gewinnt der Kanton Bern!

Arbeit und Wohlstand für alle Bernerinnen und Berner. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz werden hier im Kanton Bern entwickelt, gefertigt, installiert und betrieben. Davon profitieren unsere Berner Industrie, unser Gewerbe und unsere Landwirtschaft gleichermassen. Studien bestätigen, dass Volkswirtschaften, die in Zukunft vorne mit dabei sein wollen, heute in erneuerbare Energien und in die Energieeffizienz investieren. Bern ist an dieser Entwicklung beteiligt. Diesen Podestplatz gilt es zu verteidigen. (weiter)

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz machen unabhängig

Die Schweiz, und damit auch der Kanton Bern, importiert rund 80 Prozent der Energie aus zum Teil instabilen und wenig verlässlichen Staaten. Und dafür zahlten Schweizerinnen und Schweizer letztes Jahr 8-10 Milliarden Franken. Einheimische Energien machen uns unabhängig von Preissprüngen und undurchsichtigen Regimes und sie sichern unseren Wohlstand. (weiter)

Unsere Energie stammt aus unserer Region

Erneuerbare Energien sind vor unserer Haustüre vorhanden. Sonne, Wasser, Wind und Holz sind Berner Ressourcen und direkt vor Ort verfügbar. Allein das Emmental und der Oberaargau haben beispielsweise das Potenzial, rund 80 Prozent der benötigten Energie aus der Region selber bereit zu stellen. In Kombination mit entsprechenden Energieeffizienz-Massnahmen, ist eine 100-prozentige Vollversorgung möglich. (weiter)

Bern verfügt über Energie im Überfluss

Die jährliche Sonneneinstrahlung entspricht 220 mal dem Energieverbrauch der Schweiz. Zusätzlich stehen im Kanton Bern Wind, Biomasse, Holz und Wasser zur Verfügung. Die Technologie zur Nutzung dieser Ressourcen ist verfügbar und in der Lage, jederzeit eine sichere und zuverlässige Energieversorgung zu garantieren.

www.aber-sicher.ch/topic7913/story17715.html, www.aber-sicher.ch/topic7934.html

Plusenergie jetzt! Die Petition an die Kanzlerin. Manifest

Der weltbekannte Freiburger Solar-Architekt Rolf Disch (vielfach preisgekrönte Solarsiedlung, Sonnenschiff, siehe Ausgabe 3-2010 und frühere) ruft auf zu einer gemeinsamen Petition an den Bundestag und die Bundesregierung, und hat ein Manifest für Energie-Überschußgebäude (Plusenergie) verfasst, das ebenfalls auf dieser Internetpräsenz eingestellt ist bei www.plusenergie.de.

**Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,
Sehr geehrte Damen und Herren Bundesministerinnen und -minister,
Sehr geehrte Vorsitzende der Bundestagsfraktionen,**

ein schneller und vollständiger Wechsel von fossilen und atomaren Energien zu Erneuerbaren Energien ist unverzichtbar. Dazu müssen unsere Städte und Gebäude wesentlich energieeffizienter werden und das riesige Potenzial an Erneuerbaren Energien voll ausschöpfen. Wir müssen auf den besten Standard bei Neubau und Sanierung setzen, auf Plusenergie, denn nur mit dem Plusenergie-Standard wird der Verbrauch auf ein Minimum reduziert und zugleich ein Überschuss an sauberer Energie erzeugt, vom Gebäude selbst.

Deshalb müssen Regierung und Parlament beschließen: Plusenergie muss schnellstmöglich Standard beim Neubau werden. Die energetische Gebäudesanierungsrate muss von derzeit 1 Prozent auf mindestens 3 Prozent erhöht werden. In Anreizprogrammen für Neubau und Sanierung muss der Plusenergie-Standard die höchste Förderstufe bekommen und durch Niedrigst-Zins-Kredite gefördert werden.

Begründung:

Noch verbrauchen wir über 50 Prozent unserer Energie mit dem Bauen und Nutzen von Gebäuden – und haben alle Möglichkeiten, diesen Anteil erheblich zu reduzieren. Wenn wir dieses riesige Potenzial zur Erreichung der Klima-

schutzziele ausschöpfen wollen, müssen wir nicht nur schnell handeln, sondern zugleich auf die beste vorhandene Technik setzen. Diese steht mit dem Plusenergie-Standard ausgereift zur Verfügung.

In der EU-Gebäuderichtlinie EBCD 2010 ist bereits beschlossen, dass ab 2020 alle Neubauten Null-Emissionshäuser mit regenerativer Versorgung sein müssen. Deutschland muss bereits jetzt umsetzen und weiterentwickeln, wozu wir ohnehin durch Ressourcenverknappung und Klimawandel gezwungen sein werden. Nur so wahren wir unseren technischen Vorsprung und werden unserer Verantwortung gerecht.

Plusenergie ist wirtschaftlich günstiger für Investor und Gesellschaft als energetisch weniger ambitionierte Lösungen. Dennoch braucht es staatliche Anreize, um die Scheu vor den etwas höheren Initialkosten und die allgemeine Trägheit zu überwinden.

Von allen Klimaschutzmaßnahmen sind im Bereich des Bauens und Sanierens die größten Effekte bei Zukunftsinvestitionen und Arbeitsplätzen zu erwarten. Mit dem daraus resultierendem zusätzlichen Steueraufkommen können die Fördermaßnahmen leicht finanziert werden.

Im Zusammenklang mit vielen weiteren Maßnahmen ist Plusenergie der entscheidende Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz. Der Kapitalabfluss in die Förderländer fossil-atomarer Energieträger wird gestoppt, die energetische Selbstbestimmung der Menschen, der Kommunen und Regionen in Deutschland nimmt zu. So erreichen wir eine langfristig sichere und kostengünstige Energieversorgung und eine generationengerechte Wirtschaftsordnung.

Unterzeichnen Sie hier die Petition an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: <http://www.plusenergie.de/>
Kontakt: Rolf Disch SolarArchitektur, Sonnenschiff, Merzhauser Str. 177, D-79100 Freiburg
Tel. 0761/459 44-0, Fax. 0761/459 44-44, info@rolfdisch.de
Mehr: <http://www.plusenergiehaus.de/>, www.solarsiedlung.de, www.rolfdisch.de, www.sonnenschiff.de

Zu langsamer Atomausstieg bei einigen Schweizer Kommunen: Stadt Bern steigt bis 2039 aus Atomstrom aus

Die Stadt Bern verzichtet spätestens ab Ende 2039 vollständig auf Strom aus Atomkraftwerken. Das hat das Stadtberner Stimmvolk an der Urne entschieden. Es gab diesem Szenario den Vorzug gegenüber einem Atomausstieg schon im Jahr 2030.

Das Stadtberner Stimmvolk hatte sich an der Urne zur Initiative «EnergieWendeBern» und zum Gegenvorschlag von Gemeinderat und Stadtparlament zu äussern. Die beiden Vorlagen unterscheiden sich nur im Zeitpunkt des Atomausstiegs. Das Stimmvolk hat sich nun für den Gegenvorschlag entschieden. Es lehnte die Initiative, welche den Ausstieg im Jahr 2030 verlangt, mit einem Nein-Stimmenanteil von 51,2 Prozent ab. Der Gegenvorschlag wurde mit einem Ja-Stimmenanteil von 60,6 Prozent

angenommen.. (...) Die Stimmbeteiligung betrug hohe 51,4 Prozent. Konkret wird nun im Reglement des Stadtberner Energieversorgers Energie Wasser Bern (ewb) festgeschrieben, dass ewb spätestens ab Ende 2039 ausschliesslich Strom aus erneuerbaren Energien produziert, kauft und verkauft. Der Gemeinderat kann Ausnahmen gestatten.

Dass die Stadt Bern aus dem Atomstrom aussteigen will, ist nichts Neues. Das steht seit mehr als zehn Jahren in der Berner Gemeindeverfassung. Neu ist, dass nun dafür ein fixer Zeitpunkt existiert. Nach der Abstimmung steht nun fest, dass ewb Atomstrom aus Gösigen bis zum Ablauf seiner Beteiligung an diesem Kernkraftwerk im Jahr 2039 verkaufen kann. Deshalb hatte der Gemeinderat den Zeitpunkt 2039 vorgeschlagen. Er und ewb argumentierten, bei Annahme der Initiative würde ewb insgesamt 351 Millionen Franken einbüßen. Dies, weil ewb neun Jahre lang die Marge zwischen dem Erwerbspreis für Strom aus Gösigen und dem Verkaufspreis verloren ginge. Genau dieses Geld brauche ewb für den Aufbau alternativer Energieproduktionsanlagen. Derzeit bezieht ewb fast 70 Prozent seines Stroms aus Kernkraftwerken. (...)

Auch das Stimmvolk der Stadt Zürich beschloss vor zwei Jahren, den Atomausstieg in die Gemeindeordnung aufzunehmen. Der Ausstieg erfolgt, wenn das Kernkraftwerk Gösigen den Betrieb einstellt. Das ist voraussichtlich 2040 der Fall. Im Kanton Schaffhausen beauftragte das Kantonsparlament letztes Jahr die Regierung, den Atomausstieg zu prüfen. Das Nidwaldner Stimmvolk lehnte kürzlich den Atomausstieg ab. In der Stadt St. Gallen ist an diesem Wochenende die Initiative «Stadt ohne Atomstrom» abgelehnt worden. Doch sagten die Stimmenden Ja zum Gegenvorschlag des Stadtparlaments. Er sieht den Atomausstieg bis 2050 «unter Wahrung der Versorgungssicherheit» vor. Noch hängig ist eine Atomausstiegsinitiative in der Stadt Luzern.

Quelle: Auszugsweise aus www.aber-sicher.ch/topic7934.html

Freiburg, Karlsruhe, Ludwigsburg, Emmendingen, Lörrach und Staufen Preisträger beim Wettbewerb „Klimaneutrale Kommune“ Baden-Württemberg. Freiburg auf dem Weg zur Klimaneutralität 2050

Freiburg, Karlsruhe und Ludwigsburg sind die drei Preisträger unter den Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern beim Wettbewerb „Klimaneutrale Kommune“ des Landes Baden-Württemberg. Bei den kleineren Kommunen wurden unter anderem Emmendingen, Lörrach und Staufen, jeweils in der Region am südlichen Oberrhein gelegen, ausgezeichnet. Ein wesentlicher Grund für die Anerkennung Freiburgs sei, dass das Thema Klimaschutz fest als Querschnittsaufgabe etabliert ist. Nicht zuletzt sie dies ein Grund, dass Freiburg 2010 auch deutsche Klimahauptstadt der DUH e.V. wurde, so die Freiburger Umweltbürgermeisterin Gerda Stuchlik.

Der Wettbewerb ist zweigeteilt: In einem ersten Schritt war bis 30.10.2010 per Projektskizze die Aufgabe eine Projektskizze zu erstellen, wie in den Städten und Kommunen langfristig (bis 2050) der Strom- und Wärmebedarf sowie der Energiebedarf für Mobilität weitgehend reduziert beziehungsweise CO₂-neutral bereitgestellt werden kann, mit welchen Maßnahmen dies zu erreichen ist und welche Kosten und Auswirkungen damit verbunden sind. Freiburg erhält nun vom Land Baden-Württemberg 70 Prozent der anfallenden Kosten für die Ausarbeitung der Studie, das sind rund 110.000 Euro von insgesamt 160.000 Euro.

Auf deren Grundlage vergibt das Land im zweiten Teil des Wettbewerbs weitere Fördermittel für die Umsetzung von konkreten Maßnahmen. Da der Wettbewerb querschnittsorientiert ausgerichtet ist und neben den reinen energierelevanten Aspekten auch den Verkehrsbereich und die Stadtentwicklung als Ganzes berücksichtigt, hat die Stadtverwaltung für die Projektskizze mit dem Öko-Institut und den städtischen Gesellschaften zusammen gearbeitet.

Die Projektskizze der Stadt Freiburg wurde von der Jury des Landes nach den Kriterien Schlüssigkeit, Plausibilität, Innovationsgrad, Umsetzbarkeit, Ausgangsbedingungen und Kosten-Nutzen-Verhältnis der geplanten Studie bewertet. Sie soll von einem Konsortium aus Öko-Institut (Freiburg), Energieagentur Regio Freiburg und Fraunhofer für Solare Energiesysteme gemeinsam mit der Verwaltung erstellt werden und konkret aufzeigen, ob und mit welchen Maßnahmen und unter welchen Kosten bis spätestens zum Jahr 2050 die CO₂-Emissionen gesenkt werden können. Dabei werden alle energiebedingten CO₂-Emissionen bilanziert, inklusive der privaten Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Industrie und Verkehr.

Die geplante Studie wird sich vor allem den Kernbereichen des Klimaschutzes in Freiburg widmen: Diese liegen in der energetischen Sanierung bestehender Gebäude, bei der Stromeinsparung in privaten Haushalten, im Gewerbe und in der Industrie, in der weiteren Optimierung der Strom- und Wärmebereitstellung und in der Entwicklung des Verkehrs. Über das bereits politisch vereinbarte Freiburger Ziel einer Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 40 Prozent bis zum Jahr 2030 hinaus sind weitere Anstrengungen zu einer klimaneutralen Stadt nötig. Wesentliche Stärke Freiburgs für wegweisende Klimaschutz-Konzeptionen ist die starke lokale Basis von Wissenschaft und Industrie im Zusammenwirken von Klimaschutz, erneuerbaren Energie und Energieeffizienz und die starke Vernetzung der Akteure.

Die Studie wird weitere **Strategien und vor allem konkrete Umsetzungsmöglichkeiten bis zum Jahr 2050** entwickeln und aufzeigen. Dabei sollen auch die damit verbundenen Kosten, abgeschätzt werden und für den langen Zeitraum bis 2050 konkrete und politisch wie technisch umsetzbare Zwischenziele vorgeschlagen werden. Bereits im Zuge der Erstellung der Studie will die Stadt Freiburg mit den wichtigsten Handlungsträgern auf kommunaler Ebene einen intensiven Dialog führen und mit diesen Lösungsmöglichkeiten erarbeiten. Auf der Basis der Studie, die bereits im

September 2011 fertiggestellt sein wird, sollen, richtungsweisende Entscheidungen in der Stadt über die bereits bestehenden Klimaschutzziele hinaus entstehen und insbesondere bereits in den nächsten zehn Jahren die strategisch bedeutsamen Weichen so gestellt werden, dass das langfristige Ziel der klimaneutralen Kommune erreicht werden kann.

Quelle: Gekürzt und z.T. red. bearbeitet aus der Pressemitteilung 20. Dezember 2010 der Stadt Freiburg i.Br., Martina Schickle, 0761/201-1350, martina.schickle@stadt.freiburg.de

Regierungspräsidium Freiburg präsentiert Jahresbericht 2010

Die Broschüre beinhaltet Beiträge über die Schwerpunktthemen der Mittelbehörde im Jahr 2010, u.a. zur Gründung der Metropolregion, zum Energienetzwerk TRION, zum Ausbau der Rheintalbahn und zum Raumordnungsbeschluss für das Pumpspeicherkraftwerk Atdorf. Eine gedruckte Version des Jahresberichts ist kostenfrei erhältlich bei der Pressestelle des Regierungspräsidiums Freiburg, Kaiser-Joseph-Straße 167, D-79083 Freiburg, pressestelle@rpf.bwl.de, www.rp.baden-wuerttemberg.de, www.service-bw.de, www.rpbwl.de/freiburg/abteilung1/jahresbericht/index_jahresbericht2010.html, http://www.rpbwl.de/freiburg/abteilung1/jahresbericht/index_jahresbericht2010.html#/10

Erinnern Sie sich? Oder für die Nachgeborenen: «IN DER MITTE ANGEKOMMEN» oder das Vermächtnis der Bürgerinitiativen am Oberrhein

(Text aus dem Redemanuskript von Walter Mossmann*, Freiburg i.Br., 19.11.2010, als eingeladener externer unabhängiger Redner bei der Bundesdelegiertenversammlung Bündnis90/DieGrünen in Freiburg). * Sänger, Dichter, Schriftsteller, 1974 Mitgründer der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen

„(..) Hier am Oberrhein sollte ein neues Ruhrgebiet entstehen, basierend auf der unermesslichen Energieproduktion einer «Perlenkette von Atomkraftwerken am Rhein».

1972 brachte der Club of Rome «Die Grenzen des Wachstums» heraus, und im selben Jahr veröffentlichte der Staatsanzeiger Baden-Württemberg einen Text, der alle technokratischen Tabula-rasa-Fantasien, die wir bisher kannten, bei weitem übertraf: «... rückt nämlich die EWG noch näher zusammen, was allgemein erwartet wird, so wird das Rheintal zwischen Basel und Frankfurt die Wirtschaftsachse überhaupt werden. Ob dann noch Platz für den Umweltschutz ist, muss bezweifelt werden. Sachverständige Leute sind deshalb der Ansicht, die Ebene solle für gewerbliche und industrielle Nutzung freigegeben werden, während die Funktionen Wohnen und Erholung in die Vor-

bergzone und in den Seitentälern angesiedelt werden sollen.»

Selten habe ich eine Technokratenprosa gelesen, die den eigentümlichen Irrsinn dieser Spezies so unverblümt auszudrücken in der Lage war. Ich lese den Text nicht nur als einen gewalttätigen und bieder-männisch elitären (die höchste Instanz sind die «sachverständigen Leute» – wer wohl?), sondern auch als eine hoffnungslos veraltete Industrie-Vision, schlechtes neunzehntes Jahrhundert, rückwärts gewandte Utopie. Und dann die Stuttgarter Prognose: «Kein Platz mehr für Umweltschutz» – man schrieb das Jahr 1972!

Die Antwort auf diese Bedrohung war dann die Gründung der Föderation der 21 Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen. Allein in den Jahren 1974 und 1975 stoppte das Netzwerk der Bürgerinitiativen an drei Orten im Dreieckland den Bau von zwei Atomkraftwerken und einem Bleichemiewerk, d.h. drei hochgerüstete Industriestaaten mussten vor diesem neuartigen gewaltfreien Widerstand zurückweichen. Dass das scheinbar Unmögliche möglich ist, das war dann die ermutigende Botschaft von Wyhl. Gut, diese Erfolge sind nicht irgendwelchen genialen Strategien zu verdanken, sondern der Gunst der Stunde, will sagen, die Bürgerinitiativen wurden von den Machthabern glücklicherweise vollkommen unterschätzt.

Wohlbemerkt: Auch die Projekte in Wyhl, Marckolsheim und Kaiseraugst waren abgesegnet auf allen politischen und juristischen Ebenen, aber sie wurden dann sang- und klanglos eingestellt, weil sie politisch nicht durchsetzbar waren. Der Rechtsstaat kam dabei nicht zu Schaden, die Demokratie auch nicht, ganz im Gegenteil, und sogar die Lichter gingen nicht aus, wie Filbinger prophezeit hatte, stattdessen ging vielen ein Licht auf, aber davon war ja heute schon die Rede.

Zum selben Schluss kam vier Jahre später Ministerpräsident Albrecht in Hannover. Die Plutoniumfabrik WAA sei politisch nicht durchsetzbar. Und nun, noch einmal 30 Jahre später, nachdem herausgekommen ist, dass sich die Betreiber ihre Genehmigung mit allerlei Tricks erschlichen haben, dass die Entscheidung für Gorleben eine politische war und den Gegebenheiten des Kalten Krieges geschuldet, und nachdem wir in der Asse gesehen haben, was die Versicherungen der sachverständigen Leute wert sind, erleben wir, dass eine neue Politiker-Generation wieder einmal Sicherheits-Garantien für ein Endlager Gorleben abgibt auf unabsehbare Zeit. Wer diesen Garantien glaubt, kann wohl nicht ganz bei Trost sein. (...)

Energie - Klimaschutz (21)

KRAFTWERKE FÜR JEDERMANN - SAMMELBAND DEZENTRALITÄT Chancen und Herausforderungen einer dezentralen erneuerbaren Energieversorgung

Die Energieversorgung Deutschlands hat sich in den letzten Jahren sichtbar verändert. Deutliche Zeichen in der

Landschaft und auf den Dächern sind die Errichtung vieler Tausend Windräder, Biogas- und Solaranlagen. (...) Kurz: Unsere Energieversorgung wird zunehmend regenerativ und damit auch immer dezentraler.

Dezentralität – auch als Konsequenz des Ausbaus Erneuerbarer Energien – ist eine große Chance. Der Wandel von einer zentralen Energieversorgung in Großkraftwerken hin zu kleinräumig verteilten Anlagen, die Strom, Wärme und Mobilität gleichzeitig produzieren, kann ein Leitbild einer künftigen Energiestrategie sein. Aber welche Art und welches Maß von dezentraler Versorgung ist erstrebenswert? Welche Chancen und Herausforderungen sind mit dieser Entwicklung verbunden? Bislang fehlte ein ganzheitlicher Ansatz, der Antworten auf die Fragestellungen gibt. Dieser von der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) herausgegebene „Sammelband Dezentralität“ ersetzt keine wissenschaftlich notwendige Analyse. Er nähert sich aber mit fast zwei Dutzend Expertenbeiträgen allen relevanten Aspekten an, dokumentiert den aktuellen Wissensstand und weist auf die offenen Baustellen, die einer weiteren Untersuchung bedürfen. Es kommen Wissenschaftler, Praktiker und Politiker zu Wort, die mit ihren Argumenten die aktuelle Debatte um Chancen und Herausforderungen prägen.

Der Sammelband beansprucht für sich, die Diskussion mit neuen Erkenntnissen zu bereichern. So hat eine Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH im September 2010 erstmals ermittelt, welche Wertschöpfung deutsche Kommunen erreichen können, wenn sie in Erneuerbare Energien investieren. Die kommunale Wertschöpfung wächst danach von 6,6 Milliarden Euro im Jahr 2009 auf bis zu 12 Milliarden Euro im Jahr 2020. Das weist die Kommunen als einen der großen Gewinner beim Umstieg auf eine nachhaltige, dezentrale Energieversorgung aus. Neben Fragen der finanziellen Effekte und der neuen Eigentumsverhältnisse am Kraftwerkspark beleuchten die Experten in diesem Band ebenso wichtige Themen wie Netze, Speicher, Stoffströme und nicht zuletzt die Akzeptanz in der Bevölkerung. Ein Höhepunkt ist der Diskurs zwischen Dr. Hermann Scheer und unserem Schirmherren Prof. Dr. Klaus Töpfer um die Frage, ob und wie das Wüstenstromprojekt Desertec mit dem dezentralen Ausbau Erneuerbarer Energien in Deutschland zu vereinbaren ist.

Auszug aus der Einleitung von Jörg Mayer . Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien, www.unendlich-viel-energie.de

Kommentar: Muss man gelesen haben!

4

Aus dem Inhalt:

EINLEITUNG DEZENTRALISIERUNG JEDER FÜR SICH ODER EINER FÜR ALLE Prof. Dr. Manfred Fischedick
CONTRA DESERTEC HERAUSFORDERUNGEN
KOMMUNALE WERTSCHÖPFUNG GEWINNE, DIE VOR ORT VERBLEIBEN Dr. Bernd Hirschl und Dr. Astrid Aretz
REGIONALE STOFFSTRÖME MEHR ALS ABFALL, GRAS UND MIST Dr. Daniela Thrän und Ruth Offermann
CHANCEN BÜRGERKRAFTWERKE WIR ENERGIE- VERSORGER Katrin Nolting und Johannes Rupp

KLIMASCHUTZ IN DER REGION ENERGIEWENDE VON UNTEN Dr. Martin Hoppe-Kilpper

REKOMMUNALISIERUNG DIE CHANCEN DER SELBSTÄNDIGKEIT Dr. Christian Theobald

DEZENTRALE ENERGIEN VS. ZENTRALE UNTERNEHMEN RENAISSANCE DER STADTWERKE? Prof. Dr. Uwe Leprich

REGIONALE UNTERNEHMEN HERAUSFORDERUNG FÜR DIE KONZERNE Stephan Weil

STADTWERKE INVESTIEREN IN ERNEUERBARE PROFITIEREN VON WENIGER RISIKO Albert Filbert

DEZENTRALE ENERGIEUMWANDLUNG KLEINER IST FLEXIBLER Dr. Matthias Koch und Dierk Bauknecht

DESERTEC ALS TEIL EINER GESAMTSTRATEGIE DEZENTRALE ENERGIE OHNE GRENZEN Prof. Dr. Klaus Töpfer

DESERTEC GEFÄHRDET DEZENTRALE ENERGIE FATA MORGANA STATT WÜSTENWUNDER Dr. Hermann Scheer
PRO DESERTEC DER AUSBAU DER STROMNETZE SCHNELLE VERBINDUNG DRINGEND GESUCHT Dr. Peter Ahmels

AKZEPTANZ NEUER NETZE DIE PSYCHOLOGIE DER ENERGIEWENDE Prof. Dr. Petra Schweizer-Ries, Jan Zoellner, Irina Rau

DEZENTRALE SPEICHER UND ERNEUERBARE ENERGIE ENERGIE AUF HALDE Prof. Dr. Dirk Uwe Sauer
AUSBAU DER NAHWÄRMENETZE GUT UND GÜNSTIG IN DÄNEMARK Dr. Martin Pehnt

ELEKTROMOBILITÄT UND ERNEUERBARE ROLLENDER ENERGIELIEFERANT Tomi Engel
VERNETZUNG VON BEDARF UND PRODUKTION

KOMBIKRAFTWERK 2.0 Dr. Kurt Rohrig

DIREKTVERMARKTUNG DIREKT, GRÜN, GÜNSTIG: OHNE UMWEGE ZUM KUNDEN Matthias Willenbacher

Quelle: www.unendlich-viel-energie.de Dez. 2010, Fettsetzungen durch Redaktion

<http://www.unendlich-viel-energie.de/de/detailansicht/article/4/kraftwerke-fuer-jedermann.html>

Regionale Erfolgsbeispiele auf dem Weg zu 100% EE

Broschüre zur Posterausstellung „100%-EE-Meile“

Aus dem Vorwort: In der Posterausstellung „100%-EE-Meile - Wege in die erneuerbare Zukunft“ zeigen Regionen und Kommunen ihren individuellen Weg zur Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien. Die Inhalte der Posterausstellung finden Sie in dieser Broschüre. Rund 50 Regionen und Kommunen, von der Nordseeinsel Pellworm bis zum bayerischen Traunstein, vom rheinland-pfälzischen Morbach bis zum sächsischen Ostritz-St. Marienthal dokumentieren hier ihre Ziele, Strategien und Erfolge.

Die „100%-EE-Meile“ wurde 2010 gegenüber der aus 2009 um „Good-Practice-Beispiele“ und vierzehn neue Regionen erweitert und dieser Sammelband neu aufgelegt. Der Auftakt der aktualisierten Ausstellung fand beim 2. Kongress „100% EE-Regionen“ im September 2010 in Kassel statt.

Hintergrund zum Kongress und zur Ausstellung ist das Projekt „100%-Erneuerbare-Energien-Regionen“, das

Regionen und Kommunen identifiziert, begleitet und vernetzt, die das Ziel haben, ihre Energieversorgung auf lange Sicht vollständig auf Erneuerbare Energien umzustellen. Bisher gibt es bereits über einhundert Landkreise, Gemeinden und Regionalverbünde in Deutschland, die dieses Ziel verfolgen – und es werden immer mehr.

Dieser Sammelband soll auch zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung untereinander dienen. So können Sie sich bei Fragen und Gesprächsbedarf direkt an die Ansprechpartner vor Ort wenden, deren Kontaktdaten Sie auf S. 108 finden. Gerne können Sie auch zunächst das 100%-EE-Team kontaktieren. Wir sind überzeugt, dass die Zukunft der regenerativen Energieversorgung auf regionaler Ebene gehört und wir so die Energiewende schaffen können. Das Engagement der regionalen Akteure vor Ort ist die entscheidende Zutat dafür.

Dr. Peter Moser, Projektleitung, deENet, Ständeplatz 15, 34117 Kassel, p.moser@deenet.org, Tel: 0561 788 096-16, www.deenet.org, Kompetenznetzwerk Dezentrale Energietechnologien, deENet, Telefon: 0561 / 788 096-10

www.deenet.org

Diese Broschüre entstand im Rahmen des BMU-geförderten Projektes: Entwicklungsperspektiven für nachhaltige 100%-Erneuerbare-Energie-Regionen in Deutschland. www.100-ee.de. Bezug von Druckexemplaren: für 3 € pro Stück zzgl. MWSt. und Porto bei info@100-ee.de.

Inhalt (Seitenzahl/Thema)

3 100%-Erneuerbare-Energie-Regionen im Fokus

4 100%-Erneuerbare-Energie-Regionen-Karte

100%-EE-Regionen und -Kommunen (ausgewählte Beispiele)

6 Pellworm

8 St. Michaelisdonn

10 Dithmarschen

12 Lübow-Krassow

14 Osnabrück

16 Aller-Leine-Tal

18 Hameln-Pyrmont

20 Lüchow-Dannenberg

22 Dardesheim

24 Barnim

26 BINGO

28 Lausitz-Spreewald

30 Westlausitz

32 Ostritz-St. Marienthal

34 Erzgebirge

36 Saerbeck

38 Steinfurt

40 Minden-Lübbecke

42 Lichtenfels

44 Felsberg

46 Wolfhagen

48 Trendelburg

50 Kassel Landkreis

52 Hersfeld-Rotenburg und Schwalm-Eder

54 Alheim

56 Werra-Meißner-Kreis

58 Marburg-Biedenkopf
60 Vogelsbergkreis
62 Odenwaldkreis
64 Morbach
66 Cochem-Zell
68 Weilerbach
70 Kaiserslautern Landkreis
72 Wörrstadt
74 Freiamt
76 Neckar-Alb
78 Ulm / Neu-Ulm
80 Schwäbisch Hall
82 Bamberg
84 Amberg-Weizsäckchen
86 Wildpoldsried
88 Fürstentum Coburg
90 München Landkreis
92 Oberland
94 Ebersberg
96 Traunstein
98 Good-Practice in 100%-EE-Regionen
100 Stadtwerke und Regionale Akteure
102 Bioenergie und Wärme
104 Kommunikation und Bürgerbeteiligung
106 Effizienz und Bürgerbeteiligung
108 Kontakte

Das Projekt identifiziert, begleitet und vernetzt Regionen und Kommunen, die ihre Energieversorgung auf lange Sicht vollständig auf Erneuerbare Energien (100% EE) umstellen wollen. Derzeit gibt es bereits über einhundert Landkreise, Gemeinden und Regionalverbände in Deutschland, die dieses Ziel verfolgen und es werden immer mehr. Das Projekt unterstützt engagierte Akteure in den Regionen durch Kommunikations-, Transfer- und Vernetzungsleistungen.

Wachsender Vernetzungsbedarf

Nachdem in vielen Regionen schon Prozesse angestoßen und Maßnahmen umgesetzt wurden, stehen die regionalen und kommunalen Akteure vor immer komplexeren Aufgaben. Der Bedarf an Informationen und Unterstützung auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung wird dabei immer höher. Insbesondere der Austausch und das voneinander Lernen durch übertragbare Erfolgsbeispiele wird von den Regionen zunehmend nachgefragt.

Weiterentwicklung des Projekts „100%-EE-Regionen“

In einer ersten Projektphase (2007-2010) standen die wissenschaftliche Bestandsaufnahme und Analyse im Mittelpunkt des Projektes. Der Schwerpunkt der zweiten Projektphase (2010-2013) hingegen wird auf dem **Wissenstransfer und der Vernetzung** der Regionen untereinander liegen.

Ab 2011 soll ein **bundesweites Netzwerk** entstehen, das einen umfassenden Austausch der Regionen auf vielen Ebenen ermöglicht und dazu beiträgt, die regionale Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien nachhaltig zu fördern.

Hintergrund

Das Projekt wird vom Kompetenznetzwerk Dezentrale Energietechnologien, deENet mit Sitz in Kassel durchgeführt.

100%-Erneuerbare-Energie-Regionen-Karte:

Hintergrund

Die 100%-EE-Karte gibt einen Überblick über Aktivitäten zur Umstellung der Energieversorgung auf regionaler Ebene in Deutschland. Die Poster ab Seite 7 zeigen die unterschiedlichen Ansätze, welche die Regionen und Kommunen auf ihrem Weg in die erneuerbare Zukunft verfolgen und stellen somit beispielhafte Lösungen dar, mit der Regionen ihre Ziele verwirklichen können.

100%-EE-Regionen sind nach dem Verständnis des Projektes solche Regionen und Kommunen, die 1. sich das Ziel gesetzt haben, ihr Energiesystem mittel- bis langfristig komplett auf EE umzustellen und dieses auch in Form von politischen Beschlüssen oder Zielkonzepten festgelegt haben (Zielebene),
2. bereits Aktivitäten, Maßnahmen und Programme zur Realisierung dieses Ziels umgesetzt oder zumindest in Form von konkreten Maßnahmenkonzepten geplant haben (Handlungsebene),
3. Zwischenziele auf dem Weg zur 100%-EE-Region erreicht haben, und sich dem Ziel einer nachhaltigen, regionalen Energieversorgung somit bereits annähern (Zustandsebene).

Der Prozess der Energiewende steht in vielen Regionen erst am Anfang, daher muss eine 100%-EE-Region nicht alle der genannten Kriterien erfüllen. Die Klassifizierung von Regionen als 100%-EE-Region erfolgt somit im Rahmen einer Gesamtschau der regionalen Ziele, Aktivitäten und Errungenschaften, wobei den Kriterien der Ziel- und Handlungsebene eine hervorgehobene Stellung eingeräumt wird.

Was unterscheidet eine **Starterregion** von einer 100%-EE-Region?

Als Starterregionen werden solche Regionen bezeichnet, die sich noch in einer Vorstufe zur Entwicklung zu einer 100%-EE-Region befinden. Ein Beispiel für eine Starterregion ist eine Region, in der sich zwar ein Energiewende-Verein mit engagierten Akteuren gegründet hat, die Aktivitäten und Zielsetzungen aber bislang noch zu wenig Gewicht haben, um die Region insgesamt als 100%-EE-Region zu prägen.

Mehr Informationen zur 100%-EE-Karte :

Arbeitsmaterialien 100EE Nr. 4: deENet (Hrsg.) (2010): Klassifizierung und länderspezifische Unterstützung von Erneuerbare-Energie-Regionen. Abrufbar unter: www.100-ee.de. | Kartengrundlage: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main, 2008

Weitere wichtige Hinweise zu 100%-erneuerbaren Energien

www.100-ee.de/newsroom.

Kompass für die Entwicklung nachhaltiger 100%-Erneuerbare-Energie-Regionen

http://www.100-ee.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Kompass_100_EE.pdf

Arbeitsmaterialien 100EE: Regionale Energie- und Klimaschutzkonzepte

http://www.100-ee.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Schriftenreihe/Arbeitsmaterialien_100EE_Nr5.pdf

Rückblick Kongress „100%-EE-Regionen“

Die Ergebnisse des Kongresses, Vorträge zum Herunterladen und als Videomitschnitte, Interviews, eine Bildergalerie sowie eine neue Broschüre mit Zusammenfassungen: www.100-ee-kongress.de.

<http://www.100-ee-kongress.de/ergebnisse-2-kongress.html>

Der 3. Kongress zu 100%-EE-Regionen wird am 27./28. September 2011 in Kassel stattfinden.

100EE News. Aktuelles aus dem Projekt „100%-Erneuerbare-Energie-Regionen“

Viele Regionen können bis 2030 eine Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien erreichen - 2. Kongress „100% Erneuerbare-Energie-Regionen“

Der 2. Kongress „100% Erneuerbare-Energie-Regionen – Umsetzungsstrategien für Kommunen und Landkreise“ ging soeben in Kassel zu Ende. Eine Umfrage unter den mehr als 750 Teilnehmern aus Verwaltung, Unternehmen und Forschungseinrichtungen ergab, dass eine deutliche Mehrheit die Stromversorgung ihrer jeweiligen Region bis 2030 vollständig aus Erneuerbaren Energien erreichen kann. Als größte Hemmnisse für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sehen die Befragten die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke, mangelnden politischen Willen sowie den Neubau von Kohlekraftwerken.

„Viele Regionen sind beim Ausbau der Erneuerbaren Energien schon deutlich weiter als die derzeitige Energiedebatte vermuten lässt. Die meisten der befragten Kommunalentscheider können und wollen bis zum Jahr 2030 ihre Stromversorgung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umstellen“, betont Jörg Mayer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien und Mitveranstalter des Kongresses.

229 kommunale Entscheider haben den Fragebogen zum Kongress ausgefüllt. 72 Prozent der Umfrageteilnehmer gehen davon aus, bis zum Jahr 2030 in ihrer Region eine vollständig regenerative Stromversorgung zu erreichen. Für den Wärmebereich hält noch annähernd jeder zweite Befragte (46 Prozent) dieses Ziel für realistisch, im Verkehrssektor jeder fünfte (21 Prozent). Befragt nach möglichen Hemmnissen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien geben 78 Prozent der Befragten die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke als größtes Hindernis an. An zweiter Stelle steht mangelnder politischer Wille (76 Prozent). Widerstand aus der Bevölkerung betrachten nur 24 Prozent der Befragten als

Bremse auf dem Weg hin zu einer regenerativen Energieversorgung.

Bei der Frage, ob der gesetzliche Vorrang für Ökostrom bei der Netzeinspeisung auf Dauer beibehalten werden soll, geben die Befragten ein klares Votum ab: 91 Prozent sprechen sich für einen dauerhaften Vorrang aus.

„Der Kongress hat eines ganz deutlich gemacht: Viele Regionen und Kommunen stehen nicht mehr am Anfang, sondern der Ausbau der Erneuerbaren Energien vor Ort ist schon viel weiter. Jetzt geht es darum, diese Erfolgsgeschichte nicht durch eine Änderung der nationalen Marschrichtung abzuwürgen“, betont Dr. Martin Hoppe-Kilpper, Geschäftsführer des dezentralen Kompetenznetzwerkes deENet, Mitveranstalter des Kongresses.

Quelle: Agentur für Erneuerbare Energien 2010, www.unendlich-viel-energie.de/02.10.2010 in www.sonnenseite.com/Aktuelle+News,Viele+Regionen+koennen+bis+2030+eine+Vollversorgung+aus+Erneuerbaren+Energien+erreichen,6,a17094.html

2010 erfolgreiches Jahr für Photovoltaik in Deutschland

Den Kürzungen bei der EEG-Vergütung zum Trotz: 230 000 neue PV-Anlagen in 2010.

Ziel 2020: Kosten halbieren und 10 Prozent des deutschen Strombedarfs decken

Berlin, den 31.12.2010: Die Solarstrombranche kann nach Angaben ihres Verbandes auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken: Im Inland hat sich der Markt gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt. Nach Schätzungen des Bundesverbands Solarwirtschaft e.V. **gingen über 230.000 Solarstromanlagen mit einer Gesamtleistung von 7-8 Gigawatt allein in Deutschland neu ans Netz.** Sogar fast verdreifacht haben sich die Zubauraten der internationalen Märkte, wie z.B. Italien, Frankreich, Japan, Australien und den USA. Damit werden inzwischen ca. zwei Drittel aller neuen PV-Anlagen außerhalb Deutschlands installiert.

Solarenergie entwickelt sich damit zunehmend zur wesentlichen Säule einer sicheren, sauberen und zuverlässigen Energieversorgung. Bis zum Jahr 2020 wird die Photovoltaik nach übereinstimmenden Prognosen von Bundesregierung und Solarbranche ihren Anteil am deutschen Strombedarf von derzeit zwei auf rund zehn Prozent steigern können.

Bis heute hat die Photovoltaik-Technologie als wichtiger Teil der heimischen High-Tech-Wirtschaft 133.000 Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen. Hinzu kommen rund 20.000 Jobs im Geschäftsfeld Solarwärme. Viele Produktionsstätten finden sich in Ostdeutschland, Zuliefererindustrie, Großhändler, Planer und Installateure verteilen sich über das ganze Land.

Zitiert aus: www.unendlich-viel-energie.de, 31. Dez. 2010 Bundesverband Solarwirtschaft e.V., www.solarwirtschaft.de

Förderung für Ökoenergien: „Kosten und Nutzen transparent machen“

Zu teuer und nicht effizient? Solche Kritik an der Förderung erneuerbarer Energien hält einer fundierten Überprüfung nicht stand. Zu diesem Ergebnis kommt ein aktuelles Gutachten des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie. Im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien hatten die Forscher aktuelle Studien zur Wirksamkeit des Erneuerbare-Energien-Gesetzes überprüft. Das Ergebnis: gesamtwirtschaftliche Vorteile der Ökostrom-Förderung werden oft ausgeblendet.

„Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein gut funktionierendes und kostengünstiges Förderinstrument, dass im internationalen Vergleich sehr gut abschneidet“, erklärt Dr. Stefan Lechtenböhmer, Leiter der Forschungsgruppe Zukünftige Energie- und Mobilitätsstrukturen am Wuppertal Institut. „Der Ausbau Erneuerbarer Energien ist nicht ohne Anfangsinvestitionen machbar, er verringert aber die mit fossilen und nuklearen Kraftwerken verbundenen Umwelt- und Klimaschäden und senkt die Technologiekosten.“

Aktuell (Anm: 2009) decken Wind- und Sonnenenergie, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie mehr als 16 Prozent des deutschen Strombedarfs. Die Förderung dafür beläuft sich nach Angaben der Übertragungsnetzbetreiber in diesem Jahr auf etwa 8,2 Milliarden Euro. Gleichzeitig sorgen die Erneuerbaren Energien für positive volkswirtschaftliche Effekte: Laut Bundesumweltministerium wurden im vergangenen Jahr durch erneuerbaren Strom rund 69 Millionen Tonnen Kohlendioxid vermieden. Umgerechnet beliefen sich die damit vermiedenen Klima- und Umweltschäden auf 5,7 Milliarden Euro. Außerdem ersetzen Erneuerbare Energien in der Stromerzeugung Steinkohle, Erdgas und Uran und machten so im vergangenen Jahr Rohstoffimporte in Höhe von 2,2 Milliarden Euro überflüssig. Auch wenn für 2010 noch keine statistischen Daten vorliegen, kommen diese Vorteile auch weiterhin zum Tragen.

„Im Gegensatz zu Kohle- und Atomstrom sind die Kosten für Erneuerbare Energien für jeden auf der Stromrechnung sichtbar“, stellt Jörg Mayer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien fest. „Zu einer sachlichen Debatte gehört es deshalb auch, ihren Nutzen transparent zu machen“, so Mayer weiter. Die Agentur für Erneuerbare Energien hat deshalb eine neue Broschüre veröffentlicht, die gängige Vorurteile entkräftet.

Prof. Dr. Claudia Kemfert, Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, geht auch in Zukunft von deutlichen Wirtschaftsimpulsen durch die Förderung Erneuerbarer Energien aus: „Mit einem Umsatzplus von 40 Prozent in den vergangenen drei Jahren ist die Branche eine der wenigen, die trotz Wirtschaftskrise weiter gewachsen ist.“ Einer kürzlich veröffentlichten Studie des Bundesumweltministeriums zufolge beschäftigen die Unternehmen der Erneuerbaren Energien aktuell rund 340.000 Menschen. Im vergangenen Jahr wurden 6,8 Milliarden Euro an Wert-

schöpfung in den Kommunen erwirtschaftet, davon 5,5 Milliarden im Stromsektor.

In diesem Jahr (Anm.: 2010) liegt die EEG-Umlage – der Beitrag für den Ausbau von Ökostrom – bei rund 2 Cent pro Kilowattstunde. Pro Haushalt zahlen die Verbraucher damit etwa 6 Euro pro Monat. An den typischen Ausgaben eines Haushaltes, dem statistischen Warenkorb, macht das 0,2 Prozent aus. (...)

Die Studie des Wuppertal-Instituts finden Sie im Internet. **Die neue Broschüre „Der volle Durchblick in Sachen Kosten und Nutzen“** ist als Download verfügbar oder kostenlos zu bestellen.

Berlin, 11. Oktober 2010, Agentur für Erneuerbare Energien, www.unendlich-viel-energie.de,

Zur neuen EU-Energiestrategie 2020 hier ein Original-Text der EU für die Zielgruppe Bürgerschaft:

EU: Citizens' summary of ENERGY 2020: A strategy for competitive, sustainable and secure energy

WHAT'S THE ISSUE?

- ☐ The EU committed to cut its greenhouse gas emissions to combat climate change. The energy system must become low-carbon.
- ☐ Dependence on imports of oil and gas is growing. The EU needs to save energy and find new energy alternatives and to produce more of its own energy.
- ☐ Energy prices are rising. Citizens and businesses are entitled to have access to affordable energy.

WHO WILL BENEFIT AND HOW?

- ☐ All citizens will benefit from lower greenhouse gas emissions, more secure and affordable energy if strategic decisions and measures are taken now to save energy, invest in lowcarbon energy alternatives and build intelligent and diversified energy networks.
- ☐ The development of new energy alternatives will sustain Europe's competitiveness in growth and job-creating new industries.
- ☐ Saving energy will lower the energy bill for industries and households; it will lower the level of investments needed to replace aging capacity and infrastructure and it will increase our energy security.

WHY DOES ACTION HAVE TO BE TAKEN BY THE EU?

- ☐ EU countries' energy interdependence is growing. National energy decisions have an impact on other countries. Energy security needs a European policy on security of energy supply, the development of infrastructures and relations with transit and producing third countries.

- Policies for the development of renewable energy and research on new technologies are more efficient if coordinated at European level.
- The continental energy market offers much more efficiency and economies of scale.
- Energy infrastructure modernisation is needed to integrate growing renewable energy, increase energy security and develop intelligent networks. EU coordination is needed to fix priorities, facilitate financing and speed implementation.

WHAT EXACTLY WILL CHANGE?

The strategy will drive major efforts in:

- energy market regulation, grid management and the security of energy systems;
- technical innovation and investments;
- education and incentives for domestic and business consumers to save energy, reduce wastage and switch to low-carbon technologies and fuels.

WHEN IS THE PROPOSAL LIKELY TO COME INTO EFFECT?

The strategy will be implemented until 2020. Several major proposals will be made in the coming months:

- A Communication on the development of energy infrastructure in November 2010;
- An Energy Efficiency Action Plan in February 2011;
- A Roadmap towards a low-carbon energy system by 2050 in May 2011;
- A Communication on external energy policy in June 2011.

Data for search engines: Title tag: ENERGY 2020: A strategy for competitive, sustainable and secure energy - citizens' summary:

http://ec.europa.eu/energy/strategies/2010/doc/2010_11_10_energ_2020_citizens_summary.pdf

Frage an unsere LeserInnen: Was halten Sie von der EU-Energie-Strategie 2020? Wir könnten in der nächsten Ausgabe daraus anonym oder wenn gewünscht mit Namen zitieren. Mehr siehe S. 1 im Geleitwort.

Angriff auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG!

EU-Kommissar Oettingers trojanisches Pferd Unterschriften-Kampagne dagegen

Das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist eine klimapolitische Erfolgsgeschichte ohne Beispiel. EU-Energiekommissar Günther Oettinger versucht nun, unter dem Deckmäntelchen der Europäischen Harmonisierung wesentliche Fortschritte dieses Gesetzes einzustampfen, um weiter Klientelpolitik für die großen Energiekonzerne machen zu können. So wäre der Ausbau der dezentralen Wind- und Solarenergie massiv gefährdet und damit auch Zehntausende von Arbeitsplätzen. Das EEG ist auch von zahlreichen anderen EU-Staaten und von Staaten und Regionen in aller Welt von China bis in die USA übernommen worden. Die Grünen/EFA-Fraktion im Europaparlament hat deswegen eine

Kampagne gestartet, um über Oettingers trojanisches Pferd aufzuklären und die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Es wurde aufgerufen, sich an dieser Kampagne zu beteiligen



Bitte an FreundInnen und Bekannte weitermailen und Herrn Oettinger selber schreiben, was mensch von seinen Plänen hält. Protest-Mail-Formular: www.greens-efa.eu/cms/topics/dok/364/364580.htm#1

Quelle: www.greens-efa.org/oettinger,
www.greens-efa.eu/cms/topics/dok/364/364580.htm

PS: Die Anzeige in Financial Times, taz, Stuttgarter Zeitung, Südwestpresse und Badischer Zeitung sowie SPIEGEL ONLINE und taz online:

www.greens-efa.eu/cms/topics/dokbin/365/365406.guenther_oettingers_trojanisches_pferd_n@en.pdf

MdEP Sven Giegold zu EEG und EU-Plänen von Kommissar Oettinger

1) Worum geht es?

Das deutsche Energie-Einspeise-Gesetz (EEG) ist weltweit eines der erfolgreichsten Gesetze zur Förderung von erneuerbaren Energien. Es hat in Deutschland maßgeblich zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen und bedeutende Investitionen in diesen Sektor herbeigeführt, die Deutschland bei vielen Technologien zum weltweiten Marktführer haben werden lassen. Gleichzeitig ist es aber den 4 großen deutschen Energieversorgern ein Dorn im Auge, da es ihre bestehende dominante Position untergräbt, indem auch Stadtwerke, BürgerInnen und der Mittelstand von der EEG Förderung profitieren und erneuerbare Energie anbieten können. Für neue Kohle - oder Atomkraftwerke bleibt so ein geringeres Investitionsvolumen.

Diese Faktoren beschleunigen den - unter die Vorgaben des Klimawandels, der Versorgungssicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit - dringend nötig gewordenen Umbau unserer Energiewirtschaft. Allerdings möchten Energiekonzerne

und Händler diese Entwicklungen stoppen, und fordern eine europaweite Harmonisierung der Fördersysteme für erneuerbare Energien um so die Grundlagen für die Zerstörung des EEG zu schaffen. Der Handel mit sogenannten Erneuerbaren-Zertifikaten würde übrigens auch höhere Preise für die VerbraucherInnen bedeuten, da Zertifikate EU-weit meistbietend verkauft werden und Händler und Energiekonzerne Profite einstreichen. (...)

2) Oettinger's Strategie gegen die Erneuerbaren und das EEG

Kommissar Oettinger wirbt für eine EU weite Harmonisierung des Fördersystems für Erneuerbare, die zum Vorteil der großen Energiekonzerne und der Energiehändler wäre. Dabei ignoriert er institutionelle und politische Realitäten und betreibt offensichtliche Klientelpolitik: Schon in der ersten Jahreshälfte 2011 möchte Oettinger einen Vorschlag zu einer Harmonisierung der Fördersysteme für Erneuerbare unterbreiten, obwohl die Europäische Richtlinie zu Erneuerbaren erst vor wenigen Tagen in nationales Recht umgesetzt worden ist.

Diese Richtlinie steckt den Rahmen für die Nutzung und den Ausbau für erneuerbare Energien in der EU ab und wurde von der Kommission, den Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament erarbeitet und mit großer Mehrheit beschlossen. Bewusst wurden nationale Fördersysteme beibehalten und europaweit ein Vorrang bei der Netzeinspeisung für die Erneuerbare geschaffen, da diese Struktur den nationalen Zielen zum Erneuerbaren Anteil am Energiemix entspricht, das richtige Investitionsklima schafft und bezahlbare Verbraucherpreise garantiert. (...).

3) Die Hintergründe und Hintermänner der Aktion

Die von Kommissar Oettinger vorgetragene Argumente, dass eine Harmonisierung der Fördersysteme für erneuerbare Energie günstiger sei und nur durch diese der Import von Strom aus Drittländern gesichert werden könne, stützt er auf eine Studie und entsprechende Zahlen. Allerdings sind die Auftraggeber der Studie die Energiekonzerne und Energiehändler - Objektivität kann dadurch wohl kaum gewährleistet werden.

Auch eigens von der Kommission geförderte Studien, die gegenteilige Ergebnisse liefern und der Fakt, dass die Erneuerbaren Richtlinie den Rahmen für Importe aus Drittländern bereits festlegt, kommen nicht zur Berücksichtigung. Eine besondere Rolle nimmt dabei die Industrieinitiative Desertec zur Generierung von Sonnenenergie in Nordafrika ein, bei dem sich Personalien der Energiekonzerne und der Energiehändler vermischen. Der europäische Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit werden vorgeschoben, um die Erneuerbaren anzuhalten, dabei gibt es bereits einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt für erneuerbare Energien. (...mehr=.

4) Wie Widerstand gegen Oettinger organisieren? Erste Reaktionen des Europäischen Parlaments und der Mitgliedsstaaten

Das Europäische Parlament hat sich in seinem Bericht zur EU Energiestrategie 2020 klar gegen die eine Harmonisierung der Fördersysteme für Erneuerbare ausgesprochen. Entsprechende Änderungsanträge, die über CDU Abgeordnete auf Anfrage der Energiekonzerne eingebracht wurden, hat die Mehrheit des Parlaments eine klare Absage erteilt. Auch auf Ebene der zuständigen Minister im Rat haben Vertreter von Großbritannien, Spanien, Frankreich, Polen und weiteren Ländern eine deutliche Position gegen die Harmonisierungsvorschläge geäußert (...mehr)

5) Bisherige Reaktionen der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat bisher nicht klar Position bezogen. Das liegt wohl vor allem daran, dass Wirtschaftsminister Brüderle den Auftrag hat, eine gemeinsame Position der Bundesregierung zur Harmonisierung für den Energiegipfel im Februar zu verhindern.

Nun müssen BürgerInnen und VerbraucherInnen informiert, sowie Kanzlerin Merkel und Kommissar Oettinger in die Pflicht genommen werden: Das Politikdiktat von Energiekonzernen und -händlern muss beendet und die Erfolgsgeschichte von Investitionen und Arbeitsplätzen im Bereich der Erneuerbaren dank EEG fortgesetzt werden...(mehr).

Und Sie? Schicken Sie Kommissar Oettinger eine Mail, siehe oben

Quelle und Grafik: www.sven-giegold.de, 16. Dezember 2010, www.greens-efa.eu/cms/topics/dok/364/364580.htm

Studie für Deutschland und Schweiz: Weniger Mädchen-Geburten in der Umgebung von AKWs Ionisierende Strahlung aus den Atomkraftwerken scheint Erbgut zu schädigen

In der Umgebung von Atomkraftwerken kommen in Deutschland und der Schweiz weniger Mädchen auf die Welt. Das geht aus einer im Oktober 2010 veröffentlichten wissenschaftlichen Studie von Ralf Kusmierz, Kristina Voigt und Hagen Scherb hervor. In den letzten 40 Jahren haben Mütter, die in Deutschland und in der Schweiz im Umkreis von 35 km einer der untersuchten 31 Atomanlagen leben, bis zu 15.000 Kinder weniger geboren als durchschnittlich zu erwarten gewesen wäre, die Mehrzahl davon Mädchen. Für die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW untermauert diese Studie den ursächlichen Zusammenhang von radioaktiver Strahlung und einer Schädigung von Zellen – insbesondere bei Embryonen.

Die Kinderkrebsstudie hatte schon 2007 ein erhöhtes Krebs- und Leukämie-Erkrankungsrisiko bei Kleinkindern im AKW-Nahbereich in Deutschland nachgewiesen.

Der Verlust von Mädchen-Schwangerschaften weist auf eine Schädigung des Erbguts durch die ionisierende Strahlung hin, die von Atomkraftwerken in die Umgebung abgegeben wird. Vergleichbare hochsignifikante Effekte

wurden bereits nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl sowie in der Folge von Atombombenversuchen beobachtet. Nach Tschernobyl kam es in Europa nicht nur zu einer erhöhten Zahl von Totgeburten und Fehlbildungen, sondern auch zu einer Verschiebung des Verhältnisses von männlichen und weiblichen Embryonen: Nach 1986 wurden in Europa signifikant weniger Mädchen geboren.

Atomkraftwerke geben auch im Normalbetrieb radioaktive Isotope, z.B. überschweren Wasserstoff (H 3, Tritium) und radioaktiven Kohlenstoff (C 14) in die Umgebung ab, die vom menschlichen Körper unbemerkt aufgenommen werden und "innere" Strahlung verursachen. Bei Brennelementwechseln, Störfällen und Schnellabschaltungen sind diese Vorgänge gesteigert. Selbst wenn "erlaubte" Grenzwerte dabei nicht überschritten werden, sind ungeborene Kinder offensichtlich in Gefahr. Die Regelwerke für diese Grenzwerte sind veraltet und unterschätzen das wahre Risiko.

"Die jüngsten Ergebnisse der fehlenden Mädchengeburten alarmieren genau so wie die Ergebnisse der Kinderkrebsstudie", sagt Reinhold Thiel, Mitglied des Vorstandes der IPPNW Deutschland. "Es ist bekannt, dass radioaktive Nuklide auch schon im Niedrigstrahlungsbereich Keimzellen, Embryonen und Stammzellen durch ionisierende Strahlung extrem gefährden. Vermutlich reagieren weibliche Embryonen auf radioaktive Strahlung empfindlicher als männliche. Von einer Schädigung tausender männlicher Embryonen ist jedoch zusätzlich auszugehen", erklärt IPPNW-Kinderarzt Dr. Winfrid Eisenberg.

Die IPPNW Deutschland fordert die Bundesregierung auf, diese Gefährdung zu verringern. Um der Strahlenempfindlichkeit von Embryonen und Kleinkindern Rechnung zu tragen, müssen sich Strahlenschutzstandards und Grenzwerte nicht an einem gesunden, jungen Mann (Reference Man), sondern am extrem strahlensensiblen Embryo (Reference Embryo) orientieren.

Eine Zusammenfassung der Studie von Kusmierz, Voigt und Scherb "Is the human sex odds at birth distorted in the vicinity of nuclear facilities?" finden Sie unter <http://ibb.helmholtz-muenchen.de/homepage/hagen.scherb/KusmierzVoigtScherbEnviroInfoBonn2010.pdf>

Die Kinderkrebsstudie ist hier abrufbar http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/bfs_KiKK-Studie.pdf, der Artikel zu den verlorenen Kindern nach Tschernobyl und den Atomwaffentests von Hagen Scherb www.strahlentelex.de/Stx_10_558_S01-04.pdf

Die IPPNW-Petition zur Verbesserung des Strahlenschutzes kann online unterschrieben werden: <http://www.ippnw.de/aktiv-werden/kampagnen/petition-fuer-einen-besseren-strahlenschutz.html>

Der 4-minütige Film "Kinderkrebs um Atomkraftwerke" informiert über Wirkung und Zusammenhänge der aus dem AKW stammenden radioaktiven Isotope im Körper des Embryos <http://www.youtube.com/user/IPPNWgermany>.

Grafikmaterial finden Sie unter <http://www.ippnw.de/presse/downloads.html>.

Pressekontakt: Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung, Körtestr. 10, 10967

Berlin, www.ippnw.de, Angelika Wilmen, Tel. 030 – 69 80 74 15, Email: [wilmen\[at\]ippnw.de](mailto:wilmen[at]ippnw.de)

Quelle: IPPNW-Pressemitteilung vom 23.11.2010 www.ippnw.de/presse/presse-2010/artikel/8225aee2a2/weniger-maedchen-in-der-umgebung-von.html

Deutsche Umwelthilfe (DUH) e.V.: Mitmachen: Wir sind Aussteiger

Die Bundesregierung will alte Atomkraftwerke bis 2040 weiterlaufen lassen, obwohl das Unfallrisiko wächst und nirgendwo ein Endlager für den Strahlenmüll in Sicht ist. Mit der Laufzeitverlängerung droht das Ende des Booms der Erneuerbaren Energien aus Wind und Sonne und der deutschen Technologieführerschaft. Um vier mächtigen Konzernen zu Diensten zu sein, führt die Bundesregierung die deutsche Gesellschaft in einen neuen Fundamentalkonflikt. Gegen die rückwärtsgewandte Politik zeigen wir unser Gesicht.

Machen Sie mit! <http://wir-sind-aussteiger.de/>



Ich bin Aussteiger! Weil Atomkraft viel zu gefährlich ist, die ökologische Energiewende bremst und selber die Umwelt, Mit- und Nachwelt vom Uranbergbau bis zum Atom Müll verseucht, und den Frieden, das Leben auf der Erde und das Klima gefährdet bis hin zum nuklearen Winter durch absichtliche oder zufällige Atomkriege. Die Zukunft ab sofort gehört den erneuerbaren Energien, der Energieeinsparung, der Energieeffizienz einschließlich Kraftwärme- und Kältekopplung sowie der Genügsamkeit beim Energieverbrauch durch entsprechende Lebensweise und Weisheit.

Dr.rer.nat. Georg Löser, Energie-Ökologe, im Nov. 2010

Wir gratulieren (18):

Europäischer Solarpreis (D) für den Journalisten Bernward Janzing, Freiburg i.Br.

Der Energie- und Umweltjournalist Bernward Janzing, Freiburg i.Br., erhielt kürzlich in den Rubrik Medien einen Europäischen Solarpreis von EUROSOLAR eV. auf der Ebene Deutschland. Aus der Laudation von EUROSOLAR:



Foto: Eurosolar: Bernward Janzing, eingerahmt von Umweltministerin Margit Conrad, Rheinland-Pfalz und Dr. Hermann Scheer*, MdB, Präsident von Eurosolar eV. am 9.10.2010. * verst. 14.10.2010, siehe Ausgabe 3.-2010.

Bernward Janzing setzt sich als Buchautor und freier Journalist seit Mitte der 1990er Jahre mit Inhalten rund um Erneuerbare Energien und Umweltschutz auseinander. Die Themengebiete Klimaschutz, Energiepolitik sowie der effiziente Umgang mit begrenzten Ressourcen zählen zu seinen Schwerpunkten. Die Artikel des studierten Geographen, Geologen und Biologen aus Freiburg erscheinen in überregionalen Zeitungen wie "Die Zeit", "Der Spiegel", "Financial Times Deutschland", "taz", "Frankfurter Rundschau" sowie in zahlreichen Fachzeitschriften im Energie- und Umweltbereich. Darüber hinaus schreibt er Texte für Broschüren und Online-Medien und ist Autor zahlreicher Bücher.

In "Baden unter Strom" erzählt er unterhaltsam und dennoch sachlich die Regionalgeschichte der Elektrifizierung von den Anfängen der Stromversorgung bis zur Gegenwart. Sein im Jahr 2008 publiziertes Buch "Störfall mit Charme" beschreibt den Widerstand der Stromrebellens aus Schönau im Schwarzwald gegen die Atomenergie. Spannend wie ein Krimi schildert es die Entstehung der "Elektrizitätswerke Schönau".

Kontakt: Bernward Janzing, Wilhelmstrasse 24a, 79098 Freiburg, www.bernward-janzing.de
www.eurosolar.de/de/index.php?option=com_content&task=view&id=1361&Itemid=355

Europäischer Solarpreis (D) an Energie-Forscher Dr.-Ing. Joachim Nitsch, Stuttgart

Dr. Joachim Nitsch hat in über 35 Jahren Tätigkeit im Bereich Energiesystemanalyse am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) erfolgreich für die Durchsetzung der Erneuerbaren Energien in Deutschland und weit darüber hinaus gearbeitet. Während dieser Zeit ist er zu einem der anerkanntesten Experten in ihrer technischen und energie-wirtschaftlichen Bewertung geworden.

Von 1976 bis 2005 war Dr. Nitsch Leiter der Abteilung Systemanalyse und Technikbewertung am Institut für Technische Thermodynamik des DLR in Stuttgart. Zudem leitete er von 1988 bis 1993 das Fachgebiet Systemanalyse im Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstofftechnik.

Besondere Verdienste hat sich der Doktor der Ingenieurwissenschaften in jüngerer Zeit bei der Erstellung der "Leitstudien" des Bundesumweltministeriums für den Ausbau der Erneuerbaren Energien erworben, die sich als wissenschaftliche Basis für die Erneuerbare-Energien-Politik in Deutschland im letzten Jahrzehnt durchsetzte. Auch nach seiner Pensionierung im Jahr 2005 arbeitet Dr. Nitsch mit vollem Engagement als Seniorwissenschaftler im DLR weiter. Unter anderem ist er als Gutachter und Berater für Klimaschutzpolitik und Entwicklung innovativer Energiesysteme für das Bundesumweltministerium tätig.

Dr. Nitsch ist ein Pionier der Erneuerbaren Energien, der durch seine langjährige wissenschaftliche Grundlagenarbeit den Umbau der Energieversorgung mit vorangetrieben hat. Kontakt: Dr.-Ing. Joachim Nitsch, DLR / Institut für Technische Thermodynamik, Pfaffenwaldring 38-40, 70569 Stuttgart, www.dlr.de

http://www.eurosolar.de/de/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=197&Itemid=116, 9.10.2010 in Speyer

Hinweis: Dr.-Ing. Nitsch hat wiederholt vorgetragen beim Samstags-Forum Regio Freiburg von ECOtriviva e.V. und Partnern

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH (EWS): 100.000 Ökostromkunden

Die aus einer Bürgerinitiative hervorgegangenen Elektrizitätswerke Schönau haben im Jahr 1997 mit 1.700 Zählern in Schönau klein angefangen. Die Liberalisierung des Strommarktes 1998 ermöglichte zweierlei: den Bezug von sauberem Strom für alle EWS Kunden und die Belieferung von Stromkunden in ganz Deutschland. Nun wird der 100.000 Stromkunde beliefert oder richtiger gesagt, die 100.000 Abnahmestelle. Denn rein statistisch gesehen, stehen hinter jedem Stromzähler durchschnittlich 2,3 Menschen, so dass die Elektrizitätswerke Schönau jetzt rund 230.000 Menschen mit ihrem sauberen Strom versorgen.

„Immer mehr Stromkunden“, so Geschäftsführerin Ursula Sladek, „achten bei der Wahl ihres Stromanbieters auf die Qualität des angebotenen Stromproduktes und auf die konsequent ökologische Ausrichtung des Stromlieferanten“. Die Schönauer verkaufen mit zeitgleicher Lieferung aus überwiegend Neuanlagen, an denen garantiert keine Atomstromunternehmen beteiligt sind. Sie unterstützen auch mit ihrem Förderprogramm – allein in 2010 mit über 1 Mio Euro – die Entstehung ökologischer Neuanlagen ihrer Kunden, sowie Energieeffizienz und Energieeinsparung. Auch die eigenen Stromnetze werden unter ökologischen Gesichtspunkten betrieben. Darüber hinaus sind die EWS für Gemeinden aufgrund ihrer Erfahrungen und dem praktischen Betrieb von Strom- und Gasnetzen kompetente Ansprechpartner für die Rekommunalisierung der Stromversorgung. (...)

red. geändert nach Pressemitteilung 12.12.2010 der: Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH, Ursula Sladek, Fon: +49 7673 - 888 550, u.sladek@ews-schoenau.de

.....

D- und Oberrhein-Termine (21)

Termine Oberrhein D-F-CH Auswahl

Rendevous regional: Trinationale Bürgerforen am Oberrhein, 10-17 Uhr

22. Jan. 2011 Karlsruhe, Regierungspräsidium,

21. Mai 2011 Basel, Volta-Halle, Voltastr.17.

Herbst 2011 oder Frühjahr 2012:

Abschlußveranstaltung in Rheinland-Pfalz

Anmeldung: rendez-vous@cg.konzept.de,

mehr siehe Text in der Rubrik Trinationale am Oberrhein

11.-12. Jan. 2011, Basel, Congress-Zentrum

First Global Energy Basel Summit.

Global Energy Basel, undertaken in partnership with the C40 Cities Climate Leadership Group (and the City of Basel, is a unique multi-stakeholder event that will draw high-level participants from around the world. For further information about the Global Energy Basel event, to view the Programme and to register, please visit us at www.globalenergybasel.com or contact John Neff at info@globalenergybasel.com or +41 61 205 10 40. Basel Agency for Sustainable Energy www.c40cities.org

25.02.2011 14:00 Uhr - 18.00 Uhr Holz als

Energieträger

2. Netzwerk-Treffen für Energie und

Klimaschutz am Oberrhein TRION.

Messe Freiburg i.Br., kostenlos. Referenten aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz berichten aus der Praxis. Die Veranstaltung findet parallel zur GET-Messe (Gebäude, Energie, Technik) in Freiburg statt. Simultandolmetscher übersetzen alle Vorträge deutsch-französisch. www.trion-climate.de

Termine D Auswahl

24-26.2.2010 Freiburg i.Br. : Messe GET

für Energiesparen und erneuerbare Energien. Mit Fach-Konferenzen und Vorträgen.

Samstags-Forum Regio Freiburg für Klimaschutz und Neue Energien. Vorträge und Kurzführungen.

Kostenlos.: Programm März-Juli 2011 in Vorbereitung. www.ecotrinova.de, ecotrinova@web.de

Über 150 bisherige Vorträge und Führungen als pdf-Dateien bei www.ecotrinova.de unter Samstagforum

Hinweise:

Umweltbibliothek Freiburg (Archiv)

Themen: Energie-/ Stromsparen, erneuerbare Energien, gesundes Wohnen, Förderung, lokale Agenda21, Elektrosmog, Dreiländereck D-F-CH und Umwelt, EU und Umwelt. **Präsenzarchiv:** 3000 Bücher/ Broschüren, ca. 50 Zeitschriftentitel, neue Medien. www.breisgaubiblio.net (ECOTrinova), [ecotrinova\(at\)web.de](mailto:ecotrinova(at)web.de),

www.umweltbibliothek-freiburg.de, www.umweltbibliotheken.de
Öffnung nur auf Anfrage; ecotrinova@web.de

Umwelt-Bibliothek Freiburg (Archiv), Ab Febr. 2011 nach Umzug: Freiburg, Auerstr. 8. **Träger: ECOTrinova e.V.**, Bibliothek: unterstützt von ECO-Stiftung für Energie-Klima-Umwelt

Infopunkt Klimaschutz+Umwelt von ECOTrinova und Agenda 21 -Büro Stadt Freiburg

i.a. Di. 16.45-17.45 im Treffpunkt Freiburg, Zentrum Oberwiehre ZO, Schwarzwaldstr. 78 d, vorher T. 0761-21687-30, Straßenbahn L1 ab HBF oder Bertoldsbrunnen bis Halt ZO oder Musik-hochschule. Zugang an Südost-/Rückseite des ZO.

ECOTrinova-Nachrichten

Diese Ausgabe: ECOTrinova-Nachrichten 4-2010, verlängerter Redaktionsschluß war 24.12.2010

Nächste Ausgabe 2011-1, Redaktionsschluß 20.1.2011

Bitte senden Sie für uns freibleibend Ihre Termine und Informationen an [ecotrinova\(at\)web.de](mailto:ecotrinova(at)web.de)

Impressum ECOTrinova-Nachrichten

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Herausgeber/Redaktion: ECOTrinova e.V., c/o Redaktion ECOTrinova-Nachrichten, Dr. Georg Löser, Weiherweg 4 B, D-79194 Gundelfingen. ecotrinova@web.de

Chefredakteur, Idee und Konzeption: Dr. Georg Löser (verantw.) Adresse wie Herausgeber/Redaktion

Urheberrecht: © ECOTrinova e.V.

Alle Rechte vorbehalten. Schutzrechte Dritter, auch wenn nicht gesondert angegeben, sind zu beachten. Kurze Zitate im üblichen Rahmen sind genehmigungsfrei, Beleg erbeten.

Haftung: Alle Angaben erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr. Für unverlangt eingesandte Beiträge aller Art wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Inhalte, die über Links erreicht werden können, machen wir uns nicht zu eigen.

PS: Niemand ist perfekt: Darum: Sie sind eingeladen, der Redaktion Ihre Hinweise mitzuteilen Adresse siehe Impressum

ECOTrinova e.V.



ECOTrinova e.V., Vereinsregister Freiburg i.Br. Nr. 2551, als gemeinnützig im Bereich Umweltschutz, Verbraucherschutz und Völkerverständigung anerkannt.

Unser Konto (auch für Zuwendungen): Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau, Kt. 2079754, BLZ 68050101

Info und laufende frühere Projekte: www.ecotrinova.de

Vorstand: Dr. Georg Löser (Vorsitz.), Dorothea Schulz (Stv. und Schatzmeisterin), Bruno Natsch (Stv.), Klaus-Dieter Käser, Hans-Jörg Schwander.

Kontakt: Dr. Georg Löser, Vorsitzender, Weiherweg 4 B, D-79194 Gundelfingen. ecotrinova@web.de, www.ecotrinova.de

Mitglied oder Förderer werden bei ECOtrinoa e.V.

Die Jahresbeiträge für **Mitglieder**:

36 € persönliche Mitglieder
60 € Inst./Büros bis 5 Mitarb., Vereine bis 100 Mitgl.
120 € Inst./Büros -15 Mitarb., Vereine bis 1000 Mitgl.
240 € Institute/Büros/Vereine u.a.

„Sozialtarif“ möglich auf besonderen Antrag

Fördermitglieder (ohne Vereins-Stimmrechte)

36 € mindestens für persönliche Fördermitglieder
60 € mind. oder höher n.V. für andere Fördermitglieder

Für Mitglieder und Fördermitglieder ist der Bezug der ECOtrinoa-Nachrichten im Beitrag enthalten.

Formular bitte einsenden an ECOtrinoa e.V.,

c/o Dr. Georg Löser, Weiherweg 4 B, D-79194 Gundelfingen.

Ich beantrage Mitgliedschaft bei ECOtrinoa e.V.

Institution/Verein:.....

Name :.....

Vorname:.....Titel:.....

Straße/Nr. :.....

PLZ/Ort :.....

Tel:.....Fax:.....

E-Mail :.....

Ort:.....Datum:.....

Unterschrift.....

Ich möchte anstatt Mitgliedschaft ECOtrinoa e.V. fördern als Fördermitglied

☐ durch jährliche Spende

☐ durch einmalige Spende

vonEuro (Personen mindest. 36 €/J, Institutionen u.a. mindestens 60 €/J) :

Institution/Verein:.....

Name :.....

Vorname:.....Titel:.....

Straße/Nr. :.....

PLZ/Ort :.....

Tel:.....Fax:.....

E-Mail :.....

Unterschrift:.....

und bezahle

☐ durch Überweisung auf Rechnung

☐ durch Dauerauftrag

☐ durch Erteilen der Abbuchungsermächtigung dazu bis auf Widerruf:

Geldinstitut :.....

Kto.Nr.:.....BLZ:.....

Ort:.....Datum:.....

Unterschrift/Kontoinhaber/in.....

Abonnement / Bezug der ECOtrinoa-Nachrichten 2011

Einzelbezug mit Namens- und Adressangabe

per Post: 8 € incl. Versand, **per E-Mail:** 5 €

Tischverkauf: 5 €, **Probe-Ex.** kostenlos per E-Mail

Unser Tipp: Geschenkabo; und anstelle Ihrer Firma oder Ihrer Institution können Sie auch persönlich abonnieren!

Bitte Probeex. per E-mail:

kostenlos an: Name:.....

Adresse:.....

E-Mail:.....

O pdf-Datei i.a.<2 MB O doc-Datei i.a. > 2 MB

Abo-Bestellschein:

An ECOtrinoa e.V. - ECOtrinoa-Nachrichten -

Dr. Georg Löser, Weiherweg 4 B, D-79194 Gundelfingen, Fax 0049-(0)761-5950262, ecotrinova@web.de

Abonnement nur kalenderjahresweise. Kündigung ist jederzeit möglich. Unverbrauchte Teilbeträge werden nicht zurückerstattet. Der Bezugszeitraum verlängert sich jeweils um 1 Jahr, wenn ich nicht bis 14 Tage vor Ende des laufenden Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt habe.

Ich bestelle die ECOtrinoa-Nachrichten als (die angegebenen Preise gelten für das Jahresabo 2011 mit 4 Ausgaben)

- bitte ankreuzen/ ausfüllen -

☐ Privatperson: E-Mail: 12 €

☐ Privatperson: Post: 22 €

☐ Institution/Verein/Firma: E-Mail 24 €

☐ Institution/Verein/Firma: Post: 34 €

☐ Sammelabo/Biblioth. u.a.: Einzelvereinbarung

☐ 10% Rabatt als (Förder-)Mitglied des Fördervereins Zukunftsenergien SolarRegio Kaiserstuhl eV

Institution/Verein/Firma:.....

.....

Name:.....Vorname:.....

Straße/Nr.:.....

PLZ/Ort:.....

Tel:.....Fax:.....

E-Mail :.....

☐ ich erteile dazu bis auf Widerruf die Abbuchungsermächtigung für mein Konto:

Geldinstitut :.....

Kto.Nr.:.....BLZ:.....

☐ ich bestelle gegen Fax-Rechnung

an meine obige Fax-Anschrift

☐ ich bestelle gegen postalische Rechnung

....an meine obige Postanschrift (Aufpreis 2 €)

Ort:.....Datum:.....

Unterschrift/Kontoinhaber/in.....